

# BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ  
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 28, I.  
Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ  
der Central-Kraut- und Stroh-Rasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Müllergasse 12.  
Postzeitungsliste Nr. 1787a.

## Verbandsmitglieder!

Wartet die gleichgültig bei Seite stehenden Kollegen auf aus ihrem Schlummer und wartet sie darüber auf, was es bedeutet, wenn an Stelle des 12stündigen Normalarbeitstages die geplante 10- resp. 9stündige Minimalarbeitszeit tritt, das heißt die 14- resp. 15stündige Arbeitszeit in unserem Berufe gesetzlich sanktioniert wird? Sorgt für Massenbesuch der Protestversammlungen und werbet unabhängig neue Mitglieder für den Verband, damit dieser so erstarke, daß wir uns durch denselben den 10stündigen Arbeitstag erkämpfen können, wenn die ungeheuerlichen Pläne solcher Arbeitszeitverlängerung Wirklichkeit werden!

Daneben ist es eure Pflicht, im Interesse der allgemeinen Volkswohlfahrt ungeschuldet die zahllosen Mißstände in euren Arbeits- und Schlafstätten an die Öffentlichkeit zu bringen, damit die Regierungen an ihre Pflicht erinnert werden, gegen die Schmutzereien in den Bäckereibetrieben vorzugehen!

## Moderne Raubritter.

II.

Die Unverschämtheit der Krautjunker findet wie bereits gesagt, in jener der Schlotjunker ein würdiges Gegenstück.

Was die Krautjunker durch ihren Einfluß auf die Leitung der Staatsmaschinerie zu erlangen trachten, das suchen die Schlotjunker hauptsächlich mit Hilfe der Trusts, Ringe und Syndikate zu erreichen, welche Organisationen sie sich in erster Linie zu Zwecken der Preistreiberei schaffen.

Die Ringbildung geht in einer immer größer werdenden Zahl von Industriezweigen vor sich, denn immer weitere Kreise des Unternehmertums erkennen, daß es Thorheit ist, sich in erbittertem Konkurrenzkampfe gegenseitig zu schädigen und daß ihrem Interesse viel besser gedient ist, wenn sie sich zur gemeinsamen Schöpfung der Konsumenten vereinigen. Es ist bemerkenswert, wie die von den Unternehmern gebildeten Schöpforganisationen gegen denjenigen Unternehmer verfahren, welcher sich nicht entschließen will, der Organisation beizutreten. Kein Mittel wird unversucht gelassen, den Betroffenen zum Anschluß zu zwingen, und wenn keines fruchtet, dann wird schließlich systematisch auf den Ruin des widerspenstigen Unternehmers hingearbeitet, möge die Erreichung dieses Zieles auch mit noch so hohen Kosten verbunden sein. Wir halten dies aus dem Grunde für bemerkenswert, weil es zeigt, wie berufen gerade das Unternehmertum ist, sich über die „Terrorisierung“ von Arbeitswilligen in der Weise zu ereifern, wie wir dies fast während jedes Streiks bei ihm zu beobachten in der Lage sind.

In der Regel gehen die Schlotjunker bei ihren Preistreibereien weniger offenerherzig vor, als ihre Wettlern vom Lande. Im Gegensatz zu diesen, welche von ihren Mythen, den Raubrittern, die ganze Brutalität derselben geerbt zu haben scheinen, suchen sie immer nach einem Feigenblatte, um die Blöße ihrer räuberischen Machenschaften zu bedecken. Allerdings vermögen sie damit nur Kinder und Narren über den Charakter dieser Machenschaften zu täuschen.

Gerade gegenwärtig stehen wir wieder einem der schamlosesten Raubzüge gegenüber, die jemals seitens einer Unternehmerversammlung gegen die Taschen des Volkes unternommen wurden. Wir sprechen von dem kolossalen Wucher, den das Kohlen-syndikat in den letzten Monaten ungestraft treiben darf.

Was ist geschehen, fragen wir, daß die ungeheure von den Kohlenbaronen dekretierte Preiserhöhung rechtfertigen würde? Ist der Kohlenhag, der der deutsche Boden birgt, plötzlich verfiel? oder ist etwa der Kohlenbedarf so mächtig angeschwollen,

daß die Gruben mit ihrer Produktion selbst bei fleißigster Förderung, der Nachfrage nicht genügen können? Weder der eine noch der andere Fall ist eingetreten. Es handelt sich lediglich um einen Raubzug gegen die Konsumenten, für den das mächtige Syndikat die Zeit für passend hielt. Allerdings hat das Syndikat den Versuch unternommen, der Öffentlichkeit gegenüber die Preiserhöhung zu rechtfertigen. Seine Prestrabanten mußten der Welt verkünden, daß die Erhöhung der Kohlenpreise mit der zu geringen Kohlenförderung zusammenhänge. Die Prestrakaten der Unternehmer sprachen insofern die Wahrheit, als die Kohlenförderung in der That nicht auf der Nachfrage angemessenen Höhe steht; sie verschwiegen aber wohlweislich, daß die Kohlenförderung von den Kohlenherren künstlich auf dem niedrigen Niveau erhalten wird. Gäßen sie dies nicht verschwiegen, so hätten sie zugeben müssen, daß man erst künstlich die Noth an Kohlen schuf, die dann zur Begründung der Preistreiberei herhalten mußte.

Es ist charakteristisch für die Zustände, die in Deutschland herrschen, daß die Kohlenbarone ungestraft ihr geradezu verbrecherisches Treiben fortsetzen können, und jetzt sogar die Stirn besitzen, eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise in Aussicht zu stellen. Die Regierung hätte entschieden die Pflicht, hier unter allen Umständen Nemebur zu schaffen. Sie hätte diese Pflicht um so mehr, als es ihr an zweckmäßigen Mitteln durchaus nicht mangelt. Abgesehen von dem Einflusse, den die Regierungen durch entsprechende Eisenbahntarifspolitik auf die Gestaltung der Kohlenpreise ausüben können, kann den Grubenbesitzern auch mit der jetzt vielfach erörterten Verstaatlichung der Bergwerke der Daum' auf's Aug' gedrückt werden. Verstehen sich die deutschen Regierungen auch nur zu einer bezüglichen Drohung, so würde diese Maßnahme, unserer Ueberzeugung nach, ihre Wirkung sicher nicht verfehlen.

Was bei der Preistreiberei der Kohlenherren noch besonders hervorgehoben zu werden verdient, ist der Umstand, daß die Bergleute an den so bedeutend gesteigerten Erträgen der Gruben keinerlei Antheil haben. Vor wenigen Monaten erst hat sich ein Theil der deutschen Kohlengräber vergeblich bemüht, eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Ohne jeden Erfolg mußte aber der damals ausgebrochene Ausstand beendet werden. Diejenigen also, die unter ständiger Lebensgefahr den schwarzen Diamanten dem Schoße der Erde entreißen, müssen weiter unter den elendesten Arbeitsbedingungen frohuden, während sich gleichzeitig ihre Arbeitgeber durch frevelhafte Preistreibereien in maßloser Weise zu bereichern suchen!

Das Vorgehen der Kohlenbarone ist — das geht bereits aus dem eingangs Gesagten hervor — keine Einzelercheinung. Es ist vielmehr nur ein typisches Beispiel für die Raubzüge, welche des öfteren von Unternehmerringen gegen die Taschen der Konsumenten unternommen werden. Aber der Raubzug der Kohlenbarone erfordert darum ganz besondere Aufmerksamkeit, weil die Volksmassen von demselben mehrfach in empfindlichster Weise getroffen werden.

Abgesehen davon, daß der Preis der Hausbrandkohlen von dem Arbeiter heute fast gar nicht mehr zu erschwingen ist, hat die Preistreiberei des Kohlen-syndikats zu einer Preiserhöhung auch anderer Brennmaterialien, wie Holz, Briketts usw. geführt. Ferner aber macht die Erhöhung der Kohlenpreise ihren Einfluß auf den Preis einer ganzen Anzahl anderer Industrieprodukte geltend. Es giebt heute fast keine Industrie mehr, die nicht größere Quantitäten Kohlen für ihren Betrieb bedürfen würde.

Wenn nun plötzlich eine so bedeutende Steigerung der Kohlenpreise eintritt, wie wir sie in den letzten Monaten beobachten konnten, so ist es unausbleiblich, daß auch verschiedene andere Waaren eine nicht unbedeutliche Preiserhöhung erfahren. Es fällt den Kollegen der Grubenbesitzer, den Inhabern der anderen Industriebetriebe, absolut nicht ein, daß aus der Preistreiberei der Kohlenherren sich ergebende Belastung der Industrie selbst zu tragen, sie wägen diese Belastung einfach auf die Konsumenten ab. Gleichzeitig aber benutzen sie die Gelegenheit, um für sich noch einen Profit herauszuschlagen, indem sie die Preiserhöhung bei ihren Waaren nicht etwa genau in dem Verhältnisse halten, welches der Erhöhung der Kohlenpreise entsprechen würde, sondern vielmehr über dieses hinausgehen. Es ist eine bekannte Thatsache, daß irgend eine, bestimmte Industriezweige plötzlich treffende finanzielle Belastung sofort den Konsumenten unter reichlichem Zuschlag aufgebürdet wird. Bei der Kohlenwerttheuerung können die Arbeiter schon heute beobachten, wie aus einem Raube an den Konsumenten ein weiterer folgt und je ärger es die Kohlenherren weiterreiben, desto schärfer wird sich diese Erscheinung bemerkbar machen.

Die Herren scheinen übrigens allent, was sie bisher geleistet, noch die Krone aufsetzen zu wollen. Nach verschiedenen Andeutungen tragen sich nämlich die Grubenbesitzer mit dem Projekte, ein Lohn-druckerkartell zu bilden. Es genügt ihnen also nicht, daß sie die Konsumenten in ärgster Weise brandschlagen; sie wollen sich auch noch durch Kürzung der ohnehin erbärmlichen Löhne ihrer Arbeiter bereichern.

Das Treiben der Kohlenwücherer muß die Entrüstung jedes anständigen Menschen hervorrufen. Die Arbeiterschaft muß auch diese Kategorie moderner Raubritter, die nicht minder gemeingefährlich erscheint, als die Krautjunker, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Ueber die Letzteren werden wir uns im Schlussartikel näher aussprechen. Hier aber wollen wir der Erwartung Ausdruck geben, daß die Vertreter der Arbeiter im Reichstage dem neuesten Raubzuge der Kohlenbarone gebührend zu brandmarken wissen werden.

## „Sanitäre Bädstuben.“

Folgende recht interessante Geschichte bringt die „Günthersche Wäckerz.“ aus Rirdorf:

In der letzten Quartalsversammlung der Wäckerinnung Rirdorf brachte beim Kapitel „Wäckerinnungen“ Kollege Jahn zur Sprache, daß in Bezug auf Anlagen von Bädereien überaus viel gesündigt worden sei. Gegen alle Regeln der Hygiene seien, um den Werth der Häuser im Mietzmarkt zu steigern, Bädereien angelegt worden. Jetzt, da eine neue reichsgesetzliche Bestimmung über Bädereihygiene und Bädereianlagen bevorstehe, komme die ganze Mißere erst recht zum Bewußtsein. Würden die Bestimmungen, wie sie bereits im Entwurf vorliegen, konsequent durchgeführt, so müßten die Mehrzahl der Berliner Bädereien geschlossen werden; das Nachsehen aber hätten die Mieter, denen für Averres Geld solche Räume vermietet wurden.

Kollege Jahn hatte mit seinen Ausführungen geendet, so meldete sich aus der Mitte der Versammlung Bädereimeister F. Gierz, der die Ausführung des Vorredners voll bestätigte und die Mittheilung machte, daß er in eine Selbststrafe von 30 Mk. genommen sei, weil seine Bäderräume zum dauernden Aufenthalte von Menschen nicht geeignet seien. Diese Selbststrafe sei für jeden Tag der Benutzung der Räume festgesetzt.

Zunächst schien uns die Sache selbst etwas unglücklich, da die Häuser in der Rainzerstraße in Rirdorf kaum 5 Räume fassen mögen. Die vorliegenden polizeilichen Strafverfügungen bekäftigen die Angaben aber vollkommen. Die letzte vom 4. Mai 1900 datirte, von der Polizeidirektion zu Rirdorf gegen Gierz erlassene Verfügung lautet:

Sie haben am 27. Februar d. J. in Ihrer im Keller des Hauses Rainzerstraße 56. belegenen Bäderei Ihre Gefellen mit Bädereiarbeiten beschäftigt, trotzdem Ihnen die Benutzung der Räume zu diesem Zwecke am 29. Januar d. J. unter II B. 257 verboten worden ist, weil die-



sehen sich zum dauernden Aufenthalt von Menschen nicht eignen.

Auf Grund der §§ 37 und 44 der Bau-Polizei-Ordnung vom 22. August 1898 wird deshalb gegen Sie eine Geldstrafe von 30 Mark, an dessen Stelle, wenn Sie nicht beigutachten ist, eine Haft von drei Tagen tritt, hierdurch festgesetzt.

Uegen diese Verfügung erhob Giera Widerspruch und fand derselbe am 6. Juli vor dem Schöffengericht. Vor demselben führte G. — wie er angeht — zu seiner Vertretung an, daß er doch als Mieter nicht verantwortlich gemacht werden könnte, wenn die Bäder nicht vorchriftsmäßig angelegt worden sei, er (G.) habe sie vor 1 1/2 Jahren von seinem Vorgänger für 1650 Mark gekauft, er zahle 1200 Mark Miete pro Jahr und der Kontrakt sei regelrecht geschlossen worden; er hätte doch die Geschichte von vornherein inhibirt werden müssen usw. Das Schöffengericht trat der vollständigen Strafverfügung bei, setzte aber die Strafe von 30 auf 15 Mark herab. Trotzdem aber bleibt die Sache in der Schwebe, da der Meister nach wie vor in der Bäderlei häßt, resp. die Leute sich darin aufhalten, denn die Strafverfügung kann sich leicht wiederholen. Die betreffende Bäderlei unterscheidet sich durchaus nicht von irgend einer anderen. Es befindet sich ein Unterzugknoten darin, die Wände sind gut geweißt, die Lichtzufuhr ist eine ganz gute, nur Scheitel der Raum nicht die vorchriftsmäßige Höhe zu haben.

Der überaus vielseitige § 37 der angezogenen Bau-Polizei-Ordnung verlangt von Räumen, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, eine Höhe von 2,80 m. — Auch für den Lärm nicht gleich erschöpfliche Mängel können vorhanden sein. Interessant ist übrigens der Umstand, daß nach Angaben des Meisters G., der Hauswirth die über den Mieter (Bäder) verhängte Strafe bezahlt (vergütet) hat. Ist dem so — woran kein Grund zu zweifeln vorliegt — dann hat der Hauswirth zugestanden, daß er der eigentl. Verantwortliche ist. Der Hauswirth hat sich ferner bereit erklärt, eine bauliche Veränderung der Räume vorzunehmen zu lassen, die darin besteht, daß, wo sich jetzt im Hinterhinter dem Laden die Familien-Gehube befindet, der Arbeitsraum (Backstube) hin verlegt werden soll. Dem Meister würde dann die Aufgabe ermahnen, die zum Schieben fertige Baarbeit vom Obergeschoß nach den Ofen bringen zu lassen, ein Gefelle müßte dann mehr eingestellt werden. Vor der Hand hat Meister G. weitere Schritte noch nicht gethan, sollte aber eine ähnliche weitere Strafverfügung folgen, so will er durch einen Rechtsanwalt unter Hinzuziehung eines Sachverständigen die Angelegenheit, wenn nötig, durch alle Instanzen durchführen.

In einem anderem Lichte erscheint die Sache, wenn man die schon am 16. September 1899 von der Polizei-Verwaltung zu Nibdorf erlassene Verfügung heranzieht, lautend: „Nach amtlicher Feststellung benutzen Euer Wohlgeboren auch noch nach Verfügung des Bauispenens die Räume des Kleidergeschäftes des Hauses Mainzerstr. 55 als Arbeitsstätte. Euer Wohlgeboren werden deshalb hierdurch angedroht, den zur zwangsweisen Einstellung des Betriebes in der Verfügung vom 16. Mai cr. festgesetzten Betrag von 150 Mark binnen längstens fünf Tagen bei der hiesigen Stadt-Hauptkasse einzuzahlen, widrigenfalls die zwangsweise Beitreibung des Betrages erfolgen wird.“ Der Verfügung nach wäre der Bauispenens verfaßt worden. Unerklärlich ist nun allerdings, wie die Räume dann zur Bäderlei denuziert werden konnten. Noch unerklärlicher aber ist, daß wie Meister G. erzählt, die in der vorstehenden Verfügung festgesetzte 150 Mark bei ihm gar nicht beigetrieben worden sind. Auch später will Meister G. nochmals eine Strafverfügung auf 100 Ml. lautend erhalten haben, auch diese 100 Ml. seien bei ihm nicht beigetrieben worden.

Also trotzdem nach der polizeilichen Verfügung die Arbeitsräume sich zum dauernden Aufenthalt von Menschen nicht eignen, betreibt noch heute der Meister die Bäderlei darin und eben, müssen auch Gesellen und Lehrlinge darin ihre Gesundheit opfern, denn nach unseren Erfahrungen müssen schon ganz bedeutende sanitäre Uebelstände in Bezug auf Höhe, Belüftung und Luftzufuhr in diesen Arbeitsräumen vorhanden sein, ehe die Polizei in solcher Weise einschreitet. Und anstatt den Vermietner der Räume auf Schadenersatz und Aufhebung des Kontraktes zu verlegen und so schnell wie möglich diesen gesundheitsgefährlichen Räumen den Rücken zu kehren, thut der betreffende Meister das Gegenteil, er bleibt darin und schädigt noch weiter Gesundheit und Leben seiner Leute aufs Schmerzlichste! Wenn es noch eines Beweises für die Nothwendigkeit des allerhöchsten Vorgehens der Behörden gegen gesundheitsgefährliche Arbeitsräume in Bäderleien bedurfte hätte, so wäre derselbe hierdurch erbracht!

### Mit den Maxregelungen der Hamburger Innungs-schwarzmacher und den Mißständen in dortigen Bäderleien

beschäftigte sich eine Sitzung des dortigen Gewerkschaftsverbandes am 4. November. Zur Erläuterung dieser Zustände hatten sich einige Bädergehilfen eingefunden, da sich ihr Verband dem Kartell angeschlossen hat. Der Vortragende führte in sehr bereichernder Weise ungefähr folgendes aus: Es dürfte wohl jedem Jeden der hier Anwesenden bekannt sein, daß sich hier in Bädergehilfen-Verband gegründet hat; aber kaum hatte derselbe seine Thätigkeit begonnen, so ging von Seiten der Herren Bädermeister und ihrer Innung, an deren Spitze ein gewisser Bädermeister Dorn befindet, die Hege gegen uns (den Verband) los, was genug ein Zeichen ist, daß viele Mißstände in unserem Gewerbe bestehen, vor deren Ausbesserung sich die Herren fürchten. Die Zustände gleichen denen in Würzburg, wo die Meister so ungeschickt waren und dieselben öffentlich vor Gericht zum Austrage bringen ließ, so daß der Bundesrath sogar dagegen Stellung nehmen mußte. Zuerst habe man die Hege mit dem Versammlungstotalabtreiben begonnen, indem folgender Brief an Herrn Beckstein, was unsere zweite Versammlung stattfanden sollte, geschrieben wurde: „Herr Beckstein! Da wir in Erfahrung gebracht haben, daß mit der auf morgigen anberaumten Versammlung der Meister zugleich auch eine Versammlung der Gehilfen stattfindet, so werden wir beantragen, daß Ihr Lokal in der Hege nicht mehr von uns genommen wird und werden zugleich die Polizeibehörde darauf aufmerksam machen, wo der Inhaber verkehrt, damit das Weiteres geschehen kann.“ Daraufhin habe Beckstein sein Lokal den Gehilfen brieflich abgefragt, trotzdem dieselben schriftliche Befähigung von ihm hatten. Wir schickten uns, so führte der Referent weiter aus, ein Vorstandsauswahlgeld zu Herrn Beckstein, um ihn auf die Hege aufmerksam zu machen, und als wir mit einander redeten, kam auch — der Vorstand der Bäderinnung, Herr Dorn, der ganz in Verlegenheit kam, da er auch gleich wegen des Briefes angeklagt wurde, aber von dem Inhalt desselben keine Kenntnis haben wollte, sondern sagte, daß ihm nichts davon bekannt wäre, wenn die Versammlung der Gehilfen dort stattgefunden hätte. Diese Redearten hielten wir aber nur für eine Belegenheitsrede. Die Versammlung fand dann in der Brauerei Specht statt, wo wir 14 Mitglie-

den wählten, es daß erst der Verband der Bäder 85 Mitglie-

Nach diesem Bericht scheint es als wenn auch die Hamburger Schwarzmacher einen Bürgerlicher Standesprozess in zweier Auflage heraufschaffen wollten! Doch etwas schlauber scheinen sie doch schon zu sein, denn einige Tage barauf kam uns noch horiges Arbeiterblatt, dem wir jenen Bericht entnehmen, melden:

Unser Artikel über die Zustände im Bädergewerbe hat bereits seine Wirkung geübt. Bädermeister Rahmer hat seinen Gehilfen den Krug angedreht und neue Backtücher angeschafft und in verschiedenen Bäderleien hat der „Bitt“ ebenfalls eingeschlagen, so daß der Druck dadurch besänftigt wurde. Wir wollen jetzt noch ein bisschen zusehen und abwarten, ob die unansehnlichen Zustände überall verschwinden; wenn nicht, dann werden wir mit unserer Veröffentlichung fortfahren. Wir wollen damit nur Mißstände beseitigen und den Arbeitern ihre Koalitionsrechte sichern, nicht aber Geschäfte ruinieren, wie behauptet wird. Über wollen die Herren Bädermeister den Kampf beginnen? Wir sind bereit dazu!

Es geht doch nichts über die humane Brutalität unserer Bädermeister. Macht doch die ein eigenem Interesse oder noch weniger aus Furcht vor Ausbedung der Mißstände in ihren Betrieben auf Abstellung derselben bringen würden, maßregeln sie die Verbandsmitglieder und zwingen diese dazu, die schreienden Mißstände und Schmutzerien erst öffentlich bekannt zu geben, ehe dieselben beseitigt werden und dann wagen es dieselben Leuten, über die Maßregeln der Gehilfen zu schreiben und zu schimpfen, zu denen ihre Brutalität dieselben erst provozirt hat.

### Gau-Konferenz des Gaus Oden.

Abgehalten am 28. Oktober in Eberswalde.

Die Konferenz wurde um 1 1/4 Uhr vom Kollegen Hefschold-Berlin eröffnet. In das Bureau wurden auf Vorschlag des Kollegen Allmann gewählt: Hefschold-Berlin und Gersfweiß-Eberswalde als Vorsitzende; Burgzahn-Stettin als Schriftführer. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäfts-Rassenbericht der Agitationskommission, Berichterstatter Brieskorn und Hefschold-Berlin; 2. Bericht der einzelnen Ortschaften; 3. Wie gestalten wir in Zukunft die Agitation im Gau Oden (Referent: Allmann-Hamburg); 4. Die geplante Verschlechterung des Maximalarbeitstages und unsere Stellungnahme hierzu (Referent: Hefschold); 5. Sonstige Anträge und Beschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung heißt Kollege Hefschold die Anwesenden willkommen und theilt mit, daß ein Bescheidungsbescheid aus Breslau eingetroffen ist, welches der Kollege Hefschold verliest.

Anwesend sind: Hefschold, Brieskorn und Kuhl-Berlin (etwas später erschien noch der Kollege Höpfer), Burgzahn und Gersfweiß-Stettin, Stabenow-Hengermühle, Gersfweiß-Eberswalde, Otto Richter und Rudolf Schimmelpfennig-Nibdorf, Emil Brettschneider-Kottbus und als Vertreter des Hauptverbandes der Kollege Allmann-Hamburg.

Ueber den Geschäftsbericht der Agitationskommission sprach der Kollege Hefschold. Redner führt ungefähr folgendes aus: Die Agitation im Gau Oden sei eine schwere. Die Löfne, die hier gezahlt werden, speziell in Schlesien, Pommern seien erbärmlich, es sei wirklich etwas viel verlangt, wenn man den Kollegen noch zumuthen soll, einen Monatsbeitrag von durchschnittlich 1 Mk. zu zahlen. Es sind verschiedene Zahlstellen im Gau Oden verloren gegangen, so Spandau, Waldenburg, Görlitz und Danzig. Referent empfiehlt am Schluß seiner Rede, im Gau Oden klassifizierte Beiträge einzuführen. Kollege Brieskorn erstatete den Brieskorn dem Gau Oden, welcher allerdings viel zu hoch sei, nämlich 12.70 Ml.

Der Redner führte der Kollege Allmann an, daß im Gau Oden wohl etwas geihan ist, aber leider wenig. Es ist ferner der Ansicht, daß hier noch viele schmutzige Punkte liegen, aber die Kollegen hier nicht ausgebildet, resp. hat die Agitationskommission eben nicht gearbeitet, daß ein Erfolg gewesen ist. Redner findet sich enttäuscht gegen die klassifizierte Beiträge und führt verschiedene Beispiele an, deren Unmöglichkeit eben anzudeuten. Ferner sei ihm nicht bekannt, daß ein solcher Organismus in der Agitationskommission vorhanden ist, außerdem hat auch wohl der Kollege Hefschold die Löhne der Kollegen im Gau Oden etwas zu niedrig eingeschätzt. Kollege Richter-Nibdorf ist auch nicht der Ansicht über die

niebrigen Löhne, die Hefschold angeführt hat und meinte ferner, daß auf dem nächsten Vorstandstage ein Beschluß herbeigeführt werden muß, den Gau Oden zu helfen.

Burgzahn-Stettin ist auch der Meinung, daß die Agitation im Gau Oden eine schwierige ist, ferner, daß dem Hauptvorstand wohl bekannt sein müsse, daß ein Geldmangel in der Agitationskommission existire, denn die Mitgliedschaften hätten alle eine Einladung erhalten, an die Agitationskommission des Gaus Oden etwas Geld abzulassen.

Hefschold widerlegt einige Ausführungen des Kollegen Allmann, wonach im Brandenburgischen thätige Redner vorhanden sein sollen. Hefschold führte von seiner Person an, er sei kein Brandenburger, ebenfalls Kollege Brieskorn und Höpfer nicht. Redner wendet sich dann noch gegen die Aufführungen des Kollegen Richter-Nibdorf, betreffend das Ableben der Streiklohnmarken.

Kollege Kuhl-Berlin spricht sich über die Diskussionsklub, sowie gegen die klassifizierte Beiträge.

Brieskorn-Berlin meint, daß der Hauptvorstand wohl etwas Kenntnis gehabt hat von dem niedrigen Rassenbestand. Brieskorn bittet, heute hier zu beschließen, einen einmaligen Beitrag von 20 Pfg. pro Kopf von den Mitgliedschaften zu erheben, sowie einen vierteljährlichen Beitrag von 10 Pfg. pro Kopf.

Kollege Allmann spricht entschieden gegen den Antrag Brieskorn und ersucht die Delegierten, denselben abzulehnen. Hätte sich die Agitationskommission an den Hauptvorstand gewendet, wäre unbedingt Geld gesandt worden. Allmann redet noch über die Agitation des Gaus Oden, sowie über andere Gawe.

Kollege Burgzahn-Stettin bittet ebenfalls, den Antrag Brieskorn abzulehnen, ebenso hat Hefschold und Höpfer-Berlin der Ansicht, den Antrag abzulehnen.

Brettschneider-Kottbus beschwört sich, daß die Agitationskommission ihn in Stich gelassen hat betreffs einer Versammlung. Ersucht ferner um mehr Agitation im Gau Oden bezw. in Kottbus, Waldenburg und Görlitz.

Hefschold meinte, er würde noch mehr leisten, was Kollege Brettschneider von ihm verlangte, habe er als unannehmbar gehalten.

Höpfer-Berlin bespricht noch die Versammlung von Höpfer, Kottbus und entschuldigt sich, weil es nicht möglich, da kein „Kass“ da war und er selbst auch nicht hat kommen können und keine Zeit hatte.

Kollege Hefschold bittet die anwesenden Kollegen, sich sämtlich an der Debatte zu beteiligen, soweit die Kollegen organisiert sind und vertagt hierauf die Konferenz um 1 1/4 Uhr.

Um 2 1/4 Uhr wird die Konferenz wieder eröffnet. Vorher aber in die Tagesordnung eingetretene wird, hat bereits der Gesang-Verein „Morgengrauen“ im Saale Aufstellung genommen, um den erschienenen Delegierten und Gästen ein Begrüßungslied vorzutragen.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung, Bericht der einzelnen Ortschaften, erhielt zunächst der Kollege Höpfer-Berlin das Wort. Redner meinte, was ja auch nicht viel bei der Lohnbewegung der Berliner Kollegen errungen worden ist, so könne man doch vorläufig damit zufrieden sein. Redner giebt in kurzen Zügen ein anschauliches Bild von der Lohnbewegung, daß zur Zeit derselben die Mitgliedschaft rapide gewachsen ist, jetzt aber wieder bereits im Sinken begriffen sei. Redner führt das darauf zurück, daß Berlin gewissermaßen ein Zufluchtsort ist für diejenigen Kollegen, die aus Schlesien, Pommern und Gauen kommen. Ebenso nicht Kollege Burgzahn-Stettin einem Situationsbericht über seine Mitgliedschaft, in welchem er die schnelle Mitgliedschaft bedauert; desgleichen Brettschneider Kottbus.

Richter-Nibdorf rügt die Lohnbewegung der Berliner Kollegen, indem er die Bewegung der Geschmackslosigkeit zeilt. Kollege Gersfweiß-Eberswalde bedauert den Rückgang der Zahlstelle Eberswalde. Kollege Stabenow-Eberswalde entschuldigt sein langes Ausbleiben von der Konferenz und giebt im Uebrigen ein Bild von Eberswalde.

Ueber den dritten Punkt der Tagesordnung, Wie gestalten wir in Zukunft die Agitation im Gau Oden, referirte der Kollege Allmann-Hamburg:

Nach den Ausführungen der einzelnen Delegierten der Mitgliedschaften könnte man die Konsequenz ziehen: Wir wollen einpacken! Aber ich hoffe, daß diese Ansicht bei keinem der Delegierten Platz greift. Wir haben zwei Punkte in dem Gau Oden in der Agitation zu berücksichtigen. Der erste Punkt ist, sich der Agitation in Berlin zu widmen. Er wolle sich heute hierüber nicht ausführlicher auslassen. Es werde das der Hauptvorstand in Zukunft mit Berlin, resp. mit den Vertrauensleuten, abmachen. Der zweite Punkt betrifft die Provinzen im Gau Oden. Man müsse immer an sich selbst denken, immer auf sich selbst verlassen, dann werden wir auch vorwärts kommen, nicht vielleicht immer an die Gewerkschaftsarbeit denken, die unsere Mitglieder helfen sollen. Wir sollen die Agitation nur richtig entfalten. Allerdings Geduld gehöre dazu, um die Leitung und Führung der Mitgliedschaften ordentlich und tüchtig zu erledigen. Redner führt treffende Beispiele aus anderen Städten, an gegen „früher“ und „jetzt“. Lautes Bravo wurde dem Kollegen Allmann für seine Ausführungen zu theil.

Es sind mehrere Anträge eingelaufen. Als erster Redner spricht der Kollege Richter-Nibdorf gegen den Antrag Berlin, Extrabeiträge zu erheben und dieselben der Agitationskommission zu überweisen. Ebenfalls spricht Höpfer-Berlin gegen den Antrag; desgleichen Brettschneider-Kottbus. Brieskorn-Berlin spricht für seinen Antrag, sollte derselbe aber abgelehnt werden, so bilde er die Mitgliedschaften, wenn die Forderung an sie ergeht, Geld zu senden, nicht zu zögern. Kollege Burgzahn-Stettin erucht, den Antrag Berlin abzulehnen, denn die kleineren Mitgliedschaften würden noch weniger Mittel in Händen haben, als das jetzt der Fall sei. Das Schlußwort hierzu erbielt der Kollege Allmann, welcher ebenfalls den Berliner Kollegen ersuchte, den Antrag zurückzuziehen, anderenfalls bitte er den Antrag abzulehnen, da er keine Zerspaltung in den Gauen wünsche. Hierauf zieht der Kollege Brieskorn den Antrag der Mitgliedschaft Berlin zurück. Die anderen beiden Anträge werden auf Wunsch des Vorsitzenden der Agitationskommission überwiesen.

Zum Punkt 4 der Tagesordnung, Verschlechterung des Maximal-Worktages, referirt Kollege Hefschold-Berlin. Referent erläuterte die Ursachen, die den Anlaß zu der Bundesrathsbekanntmachung bezüglich des Maximal-Worktages gegeben haben. Referent führte in scharfen Worten die Ueberletzung der Bekanntmachung seitens der Bädermeister an, ferner die mangelhafte Kontrolle, wie dieselbe von der Polizeibehörde geführt wird; außerdem besitzt die Polizeibehörde ja keine Befähigung, die Bäderleien zu kontrollieren. Referent führte noch in lauten Ausführungen die Baderbeschäftigungen des neuen Maximal-Worktages an, die Kollegen anzuregen, überall basirt zu agitiren, daß jeder Bäder sich der Organisation anschließt, dann möge kommen was da wolle.



In seinen Ausführungen streifte der Redner auch die Affäre von den 12000 M., die dem Ministerium des Innern zugesagt worden sind, und kam zu der Ansicht, daß man sehr gut annehmen könne, ob nicht irgend ein oder mehrere Bädermeister vielleicht auch einen kleinen Beitrag nach dem Ministerium des Innern gesandt hätten, um dadurch herbeizuführen, daß der Maximal-Arbeitsstag abgeschafft wird.

Kollege Wurczynski führte noch die kaiserlichen Erlasse an deren Ausführung eigentlich ein Hohn auf die Arbeiterklasse sei, nachdem jetzt der Maximal-Arbeitsstag abgeschafft werden soll. Er empfiehlt, überall Protest-Versammlungen einzuberufen.

Die Kollegen Gerstewitz und Stabenow bringen noch haarsträubende Sachen von Oberwalde zur Sprache bezüglich der Schlaf- und Arbeitsverhältnisse. Kollege Rabitz-Mirsdorf bringt ebenfalls die Mißstände von Myrbach zur Sprache. Höpfer-Berlin erzieht die Organisation der Bäder den Kollegen von Ebr. Jede und zwar für dauernd, dann kann und muß es besser werden. In längeren Ausführungen erörtert er ferner die Gleichgültigkeit der Bädereigenen Deutschlands gegen den Maximal-Arbeitsstag und empfiehlt auf alle Fälle die Selbsthilfe. Reicher Beifall wurde ihm zu Theil. Kollege Nitsche-Berlin beklagte das einseitige Bestreben der Regierung, nur die Bädermeister zu hören, wie sich der Maximal-Arbeitsstag bewährt. Wiesloren-Berlin beschuldigt die Regierung der Förderung der Sklaverei. Sie ist bestrebt, dieselbe ins Ausland abzuwandern, im Inlande einzuführen.

Genosse Weiß-Oberwalde will den gemäßigtesten Bädern von Seiten des Gewerkschaftsartikels helfen und empfiehlt den Bädern, mehr im Gehege zu hantieren, als sich mit anderen Sachen zu befassen. Genosse Forbentus-Oberwalde wird den organisierten Arbeitern von Oberwalde empfohlen, den Verbandsmitgliedern maßregelndes Bädermeistern keine Waaren abzulassen; dann werden dieselben lürrt sein. Auch Geschöld fordert in seinem Schlusswort die Kollegen von Oberwalde noch auf, sich mehr zu organisieren.

Den Sitz der Agitationskommission wieder nach Berlin zu verlegen, wird einstimmig angenommen. Der Gesangverein „Morgengrauen“ gab noch als Zugabe zu der würdig verlaufenen Konferenz ein Arbeiterlied zum Besten, worauf die Konferenz um 1/2 Uhr geschlossen wurde. Der eigentliche Schluss der Konferenz hatte ja auf dem Bahnhofs erst sein Ende erreicht, denn der Gesangverein „Morgengrauen“ hat noch am „Abendgrauen“ durch das Städtische Oberwalde seine Nieder erschallen lassen, bis sämtliche Teilnehmer am Bahnhofs angelangt waren.

### Bericht über die Tour im westlichen Theile Sachsens.

Anschließend an die Goutonferenz fand Sonntag, den 21. Oktober, in Deuben (Plauenscher Grund) eine öffentliche Versammlung statt. Das Thema lautete in allen Versammlungen: „Die wirtschaftliche Lage der Bädereigenen und der gefährdete Maximalarbeitsstag.“ Die Versammlung war gut besucht und haben wir es mit einem guten Stamme älterer Kollegen zu thun, welche sich ihrer Aufgabe wohl bewusst sind und unter den jüngeren Kollegen Aufklärung über die traurige Lage der Bädereigenen schaffen. Auch hier wurde über die Konsumvereinsreferenten Klage geführt betreffs Ueberschreitens des Maximalarbeitsstages, ungenügender Lohnzahlung und schlechter Behandlung. Es wird endlich einmal Zeit, daß die Konsumvereinsreferenten als Genossen schafften erkennen und ihr Wort vor herstellern lassen, wo die gerechten Forderungen der Bädereigenen anerkannt werden. Sechs Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

Am Montag fand in Pirna eine öffentliche Versammlung statt, welche den Umständen nach gut besucht war. Bei planmäßiger, reger Agitation von Seiten des Vertrauensmannes, unterstützt vom Bädermeister Findeisen, wird sich auch Pirna weiter entwickeln, da in dieser Beziehung von Seiten der dortigen Bädermeister den Kollegen ziemlich freie Hand gelassen wird. Auch hier schlossen sich fünf Kollegen dem Verbands an.

Dienstag, den 23. Oktober, sprach ich in Plauen i. V. in einer mäßig besuchten Versammlung. Die Kollegen von Plauen vom Vergnügungsverein haben leider ihren Beschluß „Uebertritt zum Verband“, nicht alle hoch gehalten; der Vergnügungsverein ist ihnen lieber als die Hebung der wirtschaftlichen Lage. Die Konsumbäder von Plauen haben hier noch ein gut Stück Arbeit zu bewältigen, um alle Kollegen in unsere Reihen zu bekommen. Ich hoffe, daß sie dieser Aufforderung nachkommen, denn das Zeug haben sie dazu. Auch hier wurden fünf Kollegen Verbandsmitglieder. Hieran anschließend fand eine Sitzung der Konsumvereinsbäder statt, in welcher einige Forderungen an die dortige Verwaltung einstimmig zur Annahme gelangten. Vor allen Dingen fordern die Kollegen die Beseitigung des Zwischenmeister-Systems und dafür eine gerechte, dementsprechende Bezahlung von Seiten des Geschäfts direkt an die Bäder. Es wird nach meiner Auffassung auch endlich einmal Zeit, daß man dieses Schweißmeistersystem im Interesse der Meister und des Geschäfts beseitigen will. Es ist eines Arbeiterkonsumvereins vollständig unwürdig, diese Mißstände innerhalb einer Genossenschaft weiter bestehen zu lassen. Finanziell wird der Verein durchaus keinen Schaden haben, und für die beteiligten Bäder ist dieses unwürdige Arbeitsverhältnis endlich für immer beseitigt. Ich hoffe, daß die Verwaltung den berechtigten Wünschen Rechnung trägt und in Zukunft sich mit dem Gedanken der Errichtung einer eigenen Bäderei vertraut macht.

Mittwoch, den 24. Oktober, sollte in Frankenberg bei Chemnitz das erste Mal eine vom Gewerkschaftsartikel eiberufene Versammlung stattfinden. Durch Gegenannonce von Seiten des dortigen Altgesellen war die Versammlung vereitelt worden, er hatte dieselbe nach dem Vergnügungs-Lokal einberufen. Nachdem ich mich mit dem Kartellvorsitzenden und mit den Deutschen unterhalten hatte, erklärten verschiedene, daß dies der Altgeselle auf eigene Hand gethan habe und sie gar nichts davon gewußt hätten. Ja, wenn wir die Nachtarbeit beseitigen könnten, würden sie sofort Verbandsmitglieder. Man sieht daraus, daß viele Kollegen mit dem Bestehen in unserem Betreue nicht einverstanden sind; hauptsächlich gelangt es dem Kartellvorsitzenden, welcher sehr drab für unsere Bewegung thätig ist, eine weitere Versammlung mit mehr Erfolg einzuberufen.

Chernitz hatte am Donnerstag eine so stark besuchte Versammlung, wie sie nach Aussage der dortigen Kollegen überhaupt noch nicht besucht war. Nachdem ein junger Kollege Arnold über den Maximalarbeitsstag gesprochen hatte und in welcher Weise wir denselben erhalten können, ergänzte ich die Ausführungen meines Vortragners, bei welcher uns von Seiten der Versammlung die größte Aufmerksamkeit zu Theil wurde. Jeder von der Erfolg nicht ber, den ich gehofft hatte, denn nur neun Kollegen ließen sich aufnehmen. Endlich scheint es, als ob in Chemnitz durch die öffentliche

Meinung die Verwaltung des Konsumvereins die Bädereiferanten dazu anhalten wollte, den Wünschen der organisierten Kollegen Rechnung zu tragen und den Gehilfen freie Bahn zu lassen, sich zu organisieren. Sind doch in Chemnitz 130 Kollegen bei Konsumvereinsreferenten beschäftigt, welche, wenn sie sich organisieren, einen festen Stamm Verbandsmitglieder bilden könnten. Die dortige Leitung der Baderstelle darf es niemals unterlassen, bei ähnlichen Vorkommnissen, wie in der Seltmannschen Brotsfabrik, stets die öffentliche Meinung anzuhören, dadurch kommen wir ein gutes Stück vorwärts in Chemnitz.

Nachdem ich noch im Laufe des anderen Tages in Merane und Triumtschau Verbindungen mit den Kollegen angeknüpft habe und selbige auch gar nicht abgeneigt sind, Versammlungen einzuberufen und zu besuchen, hoffe ich, daß in diesen beiden Städten unsere Organisation bald festen Fuß fassen wird. Otto Freitag, Leipzig.

### Agitationstour im Gau Sachsen.

Im Anschluß an die am 28. Oktober stattgefundene Goutonferenz unternahm ich im Auftrage der Agitationskommission eine Tour nach den nachfolgenden Orten. Den Anfang sollte eine Versammlung in Döbeln bilden, die aber eingetretener Verhältnisse halber nicht stattfinden konnte, sondern auf später verschoben werden mußte. Am 23. Oktober fand eine Versammlung in Meie statt. Es hatten sich zu derselben der größte Theil der am Orte befindlichen Kollegen und auch eine große Anzahl Meister eingefunden. In der Diskussion ergriff zunächst der Altgeselle das Wort, der freilich nur das Sprachrohr der anwesenden Innungshelven war. Als ich denselben abgefertigt hatte, hielt es auch der Obermeister für notwendig, die Gesellen vor den Verband zu rufen. Wie nicht anders zu erwarten war, wünschte dieser Herr vor allen Dingen den Maximalarbeitsstag, weil er ein Ausnahmegesetz für die Bädermeister sei, beseitigt. Ein offenes Geständnis legte der Herr islofen ab, indem er sagte, daß wir in unserer Agitation nicht nachlassen würden. Ja, er bestritt sich sogar zu der nur zu berechtigten Befürchtung, daß schließlich einmal das Kleinergewerbe auch im Bädereberuf dem Großbetriebe weichen müsse. War die Versammlung bisher gut verlaufen, so versuchten sie, einen Erfolg derselben unter allen Umständen zu vereiteln. Nachdem die Versammlung geschlossen war, versuchten einige Innungshelven, die jetzt erst die Rourage gefunden hatten, auf meine Ausführungen zu antworten, durchaus eine weitere Diskussion zu erzwingen, was den anwesenden Beamten veranlaßte, die Anwesenden zur Räumung des Lokals aufzufordern.

Am nächsten Tage fand eine ebenfalls von fast allen am Orte arbeitenden Kollegen besuchte Versammlung in Freiberger statt. Auch hier war ein großer Theil Meister auf dem Schauplatz erschienen. Als das Sprachrohr der Innung, der Altgeselle, mit seiner Weisheit Fiasco erlitt, ließ sich der Obermeister bewegen, ihn zur Hilfe zu eilen; doch auch ihm erging es nicht besser. Vor Allem rühmte dieser gute Mann das Einvernehmen, das den dortigen Gehilfen schon einen Weltreuf eingetragen. (Nach meiner Ansicht besteht dasselbe in dem horrenden Lohn von 4. 50 M. und in den schlechten Schlafstellen, wie wir verschert wurde.) Daß in der Herzangst auch Bebel, Liebmacht und Singer herhalten mußten, und vor Allem die Vergewaltigung der Arbeitergrößen durch uns, brauche ich nicht erst zu sagen. Ich war ja in der besagten Lage, abgesehen von den Gehilfen und sonstigen Festholden der Unterverbandsstage dem Herrn mit der 30000 Mark-Unterdrückung im Germaniaverbande aufzuwarten, wodurch freilich ihr Muth gedämpft wurde. Auch hier arbeiteten die Herren am Schluß nach Meißener Schablone.

Am nächsten Tage fand eine Protestversammlung unserer Kollegen in Dresden statt, die von über 400 Personen besucht war. Aufs Eenergischste protestirte dieselbe einstimmig gegen jede weitere Verschlechterung. Eine große Anzahl der Anwesenden traten der Organisation bei.

In Döbau i. S. hatten sich trotz aller Bemühungen des dortigen Gewerkschaftsartikelles nur vier Kollegen und ein Meister zu der Versammlung eingefunden. Im Privatgespräch erfuhr ich, daß auch dort die traurigsten Verhältnisse in jeder Hinsicht existieren. Trotzdem sind die Kollegen nicht zur Erringung einer Besserstellung ihrer Lage zu bewegen.

Am Sonntag, den 28., fand in Bahren eine Versammlung statt. War dieselbe auch schlecht besucht, was wohl auf das den ganzen Nachmittag anhaltende Regentwetter zurückzuführen war, so konnte ich hier die Beobachtung machen, daß die Kollegen wenigstens Interesse zeigten. Eine Anzahl namentlich älterer Kollegen traten dem Verbands bei und dürften bei einigem guten Willen auch dort einmal Fuß gefast werden. Auch hier war der Obermeister erschienen, zog aber ab, ohne das Wort ergriffen zu haben.

Die am Montag in Wurzen stattgefundene Versammlung war auch schlecht besucht. Trotzdem aber wurden dem Verbands neue Mitglieder gewonnen.

Da die für mich in Aussicht genommenen Versammlungen in Arnstadt, Gotha und Mühlhausen nicht zu Stande kamen, beschloß ich am Donnerstag, den 1. November die Tour mit einer Versammlung in Meie nfelds. Obwohl nur schwach besucht, da der dortige Vergnügungsverein allen Mitgliedern verboten hatte, die Versammlung zu besuchen, wurden alle Anwesenden, 10 an der Zahl, Verbandsmitglieder, so daß mit den bereits dort arbeitenden Mitgliedern die Mitgliedschaft komplet gemacht werden kann. Dasselbe dürfte dann in Kürze einen ziemlich großen Aufschwung nehmen.

Zum Schluß sei nur noch bemerkt, daß wenn die Erfolge in Bezug auf Gewinnung neuer Mitglieder auch nicht so große waren, so doch mancher Kollege zur Einsicht gelangt sein dürfte. Die bestehenden Mitgliedschaften im Gau Sachsen und den Thüringischen Staaten müssen nun den herannahenden Winter benutzen, um namentlich die jüngeren Verbandskollegen in den Diskutierclubs und Versammlungen heranzubilden, um sie dann im Frühjahr nach den vor uns besuchten Orten zu dirigieren. Sind auch dort die Verhältnisse für Verbandsmitglieder vor der Hand nicht noch Mumpsch, so muß doch Jeder einmal in den saueren Apfel beißen, um in dieser Hinsicht für die Organisation etwas praktische Agitation zu leisten und gerade diese wird für uns von großem Nutzen sein und wesentlich zum weiteren Ausbau unseres Verbandes beitragen. Wenn jedes Mitglied bestrebt ist, nach dieser Richtung hin zu arbeiten, dann wird es vorwärts gehen und wenn sich alle Altgesellen und Obermeister noch so sehr bemühen, sie werden uns dann an unserer Aufklärungsarbeit nicht hindern können. Also praktische Mitarbeit jedes Einzelnen und vorwärts sei unsere Parole.

Mit Gruß Wilhelms in A. S. Leipzig.

### Gewerkschaftliches.

Zwei Bädermeister zierten heute das Sündenbändchen des Schöffengerichts zu Frankfurt a. M. Beide waren angeklagt wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnung vom 4. März 1896. Der Gehilfe des ersten Angeklagten, David Eppenheimer, mußte von Abends 8 Uhr bis Morgens 1/2 10 Uhr arbeiten, ohne eine Stunde Pause. Der Angeklagte behauptete, daß er nichts davon gewußt hätte, daß seine Gehilfen Ueberarbeit machen, denn er arbeite Nachts nicht mit, auch sage er jedem Gehilfen, daß, wenn etwas nicht in der Reihe sei, dann dürfe er es nur sagen, dann werde Abhilfe geschaffen. Auch lasse er jetzt einen zweiten Ofen bauen, dann komme so etwas nicht mehr vor. Ferner fühlte er sich getränkt, weil ihm diesmal der Schutzmann nicht gesagt hatte, ob alles in der Reihe ist oder nicht, wo er ihn doch gefragt habe, sondern sei mit der Bemerkung: „Morgen werde ich's Ihnen sagen“ fortgegangen. Der Zeuge sagte aber unter Eid aus, daß es der Angeklagte so gut gewußt habe wie er, denn er habe ihn jedes Mal kommen und fortgehen sehen. Somit reichete das Angeklagten Entschuldigung nicht aus, trotz der tapferen Vertheidigung von Seiten des Rechtsanwaltes und wurde mit 10 M. Geldstrafe bestraft. In der Begründung wurde ausgeführt, daß, trotzdem der Meister verpflichtet ist, dafür zu sorgen, daß seine Gehilfen keine Ueberstunden machen, sei doch festgestellt, daß der Angeklagte dem Zeugen nicht gesagt habe, daß er keine Ueberstunden machen soll. — Die zweite Anklage richtet sich gegen den Bädermeister Widmann. Er ist schon zwei Mal vorbestraft wegen Vergehens gegen die Sonntagsruhe und die Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 in die Summe von 50 M. Er behauptete, er habe den Gehilfen gesagt, sie sollen jede Nacht eine Pause von einer Stunde machen und auch keine Ueberstunden mehr machen. Aber die beiden Zeugen sagten unter Eid aus, daß der Angeklagte ihnen so viel Arbeit auferlegt habe, daß sie erst recht nicht fertig geworden wären, wenn sie eine Stunde Pause gemacht hätten. Auch stellte sich noch heraus, daß der Angeklagte ihnen dies erst gesagt habe, als der Nachtmeister bereits Anzeige erstattet habe und er sich schon bei der Strafkammer befindet. Deshalb mußte der Bädermeister wieder büßen. Der Amtsanwalt führte aus, daß man diesmal in Angeklagten nicht so gut durchschlüpfen lassen solle, da er schon zwei Mal vorbestraft sei wegen des gleichen Vergehens. Er sei deshalb eine gehörige Strafe am Platz. Der Gerichtshof war anderer Ansicht und verurtheilte den Angeklagten nur zu einer Geldstrafe von 70 M. und Tragung der Kosten. Im Uebermügensfalle für je 5 M. einen Tag Haft.

Die sozialdemokratische Quertreiberei im Bädereberuf ist ein nach Ansicht des Berliner Innungsorgans, daß jetzt die Gewerkschaften um ein Urtachten dahingehend ersucht werden, ob es nicht rathsam sei, die Schlafräume der Gehilfen in Bädereien als Arbeitsräume im Sinne des § 120 a der Gewerbeordnung als Arbeitsräume anzusehen. So viel wir wissen, haben sich bisher alle betragten Gewerkschaften in bejahendem Sinne ausgesprochen und die Bädermeister thun noch ein Uebrißes dazu, indem sie stets erneut behaupten, daß unser Gewerbe so eigenartig sei und es gar nicht anders zuließe, als daß die Gehilfen im Hause des Meisters wohnen und essen müßten. Uns kann in diesem Falle solche Erklärung nur leid sein, denn dadurch wird die Regierung gezwungen, die Schlafräume der Arbeiter in den Bädereien nach dem § 120 a als zu den Arbeitsräumen gehörig zu bezeichnen und dort, wo bisher den residirenden Beamten nur der Zutritt zu den Arbeitsräumen gestattet wurde, werden ihm auch die Schlafräume gezeigt werden müssen!

Der größte Sauer findet jetzt die beste Gelegenheit zum Stehlen, wenn er — Bäderelehrerling wird. Das geht unzweifelhaft aus mehreren Warnungen in den letzten Nummern der Innungsorgane hervor, wonach ein junger Mensch, der sich Hofmann nennt, in Bernburg, Dessau und Hannover sich als Lehrling bei Bädermeistern anwerben lassen und dann eine Nacht in der Bädererei dazu benutzt hat, den dort arbeitenden Gesellen Uhren, die Waarschaft und alles Mienehmbare zu stehlen und sich dann zu verduften. Wenn die Herren Innungsmeister auf ihrer Suche nach Lehrlingen — dieser billigen und willigen Arbeitskraft — schon so weit gekommen sind, daß sie allerhand Gesindel von der Straße auflesen und so sich in die Lehre nehmen (ohne Legitimationspapiere), dann ist es herrlich bestellt um den „Nachwuchß im Bädereberuf“!

Einen schönen Rebhahn haben die Innungsmeister in Hannover gemacht, indem sie die Preise für das Baden von Brot und Kuchen hochschraubten. Einen Kuchen zu baden kostet jetzt 40 Pfg. (früher 25 Pfg.), ein Brot 10 (früher 8 Pfg.). Stollen, Semmel, Loptücken 15 Pfg. (früher 10 Pfg.). Man sieht daraus, daß Bädermeister verstehen es, mit einem Male ihre Preise um 1/2 bis beinahe um die Hälfte höher zu schrauben und die Gesellen setzen ruhig zu und freuen sich, daß ihre Meister schöne Profite heraus schlagen und sie sich dabei für dieselben Hungerlöhne weiter abschinden können, als wie bisher!

„Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, er kann gehen“, so sagte sich ebenfalls der Vorstand der Hamburger Zwangsinnung, als er den jedem Kollegen, der schon mal in Hamburg gearbeitet hat, bekannten alten und gebrechlichen Herbergs- und Arbeitsnachwuchßboten Ehr. v. Borkel aus seiner seit mehr als 20 Jahren bestehenden Stellung jagte und ihm die Räume des Zwangsinnungshauses verwies. Der Mann ist jetzt ein Greis von 70 Jahren, hat in seiner Jugend die schwersten Stellen in den Hamburger Bädereien bekleidet, wodurch er bei der übermäßigen Schufterei sich manches kleine Gebrechen zuzog; im Laufe der Jahre und besonders in den aufgeregten Zeiten, e Streits usw., konnte ihn die Innung gut gebrauchen und wurde er oft von einem Ende der Stadt zum anderen gejagt. Jetzt hat nun der Innungsvorstand einen kleinlichen Anlaß dazu benutzt, den alten treuen Innungsdiener auf die Straße zu setzen. So sieht es aus mit den Wohlthäter der Innung an alt und grau gewordene Gesellen für ihre treugethene Dienste; ihnen steht das Armenhaus offen!

Die geplante preussische Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Bädereien macht den Innungsleuten schon arge Kopfschmerzen. Die „Süddeutsche Bäderezeitung“ bemerkt u. a. darüber: „Abermals schwebt das Schicksal des Damocles über dem Bädereberuf. Dießmal handelt es sich nicht um einige Arbeitsstunden mehr oder weniger, sondern es stehen Sein oder Nichtsein von einem großen Theile von Bädereien auf dem Spiele. Es will uns vorkommen, als bräuchte das beabsichtigte Gesetz im § 1: „Der Fußboden der Arbeitsräume darf nicht tiefer als 1 1/2 Meter unter dem ihn umgebenden Straßenboden liegen“



dem Bäckerwerke die Lebensbedingungen geradezu auf dem Präsentiertisch getragen. Wenn diese Bestimmungen für bestehende Bäckereien auch erst in 10 Jahren voll gelten sollen, was will das sagen?

Inwiefern erstehen die Großbetriebe fort und fort, denn das Gesetz ist ihnen doch günstig. Für den Großbetrieb ist es ja ganz gleich, wo er seine Fabrik aufstellt. Das kann auf freiem Felde noch lieber sein, als im Zentrum der Stadt. Beim Kleinbetrieb ist die Anlage im Verkehrsreich der Stadt mit die Hauptsache. Was hilft dem Bäckermeister die schönste Bäckerei abseits vom Verkehr?

Da wird es sehr schwierig werden, im Hauptstadtbereich eine geschäftlich erlaubte Bäckerei bauen zu können. Die schönsten Straßenfronten mit ihren Bäckereilokalitäten nehmen ja meist die Wohnhäuser ein mit ihrem feuergefährlichen Mauerwerk und Zunder. Wo kann da eine Backstube angelegt werden? Wenn also binnen 10 Jahren die liegenden Bäckereien außer Gebrauch zu kommen haben, so ist ja die Frage der Zeit gestellt, wenn das Kleinbäckereiwesen aufhören wird, zu sein.

Fruchtlos Bäckerwerke! Wenn es nicht anders betrieben werden kann, als wie bisher in dumpfigen, feuchten und bunten Kellerlöchern oder im Hintergebäude in einem Winkel dieß neben dem Pferdestall, dann wäre es allerdings besser, es hörte auf, zu sein!

Im Weiteren macht das Blatt seine offeneren Mägen über das Weihen der Spundhöfe und fragt, ob diese der Meister, Geselle oder der Konditor reinigen soll! Das sie erstere nicht reinigt, davon sind wir bei dem allgemein bekannten „Reinlichkeitsstau“ der Bäckermeister überzeugt, und wir glauben auch, daß, wenn die Gesellen die Reinigung nicht verlangen oder sie selbst besorgen, dieselbe in mancher Bäckerei überhaupt unterbleibt!

An die Konsumvereine von Dresden und Umgebung haben unsere Mitgliebschaften Dresden und Plauenischer Grund folgende beschiedenen Forderungen zur Verpfändung ihrer Brotlieferanten eingereicht:

1. Bei Bedarf von Arbeitskräften nur den Arbeitsnachweis der Gewerkschaftsorganisation der Bäcker von Dresden und Umgebung (Dresden-Mitstadt, Seilerstraße 1, Ecke der Siliengasse in der Klosterschänke) zu benutzen und nur organisierte Bäckergesellen zu beschäftigen.
2. In den Betrieben eine 12stündige Arbeitszeit und die gesetzlich vorgeschriebene Sonntagruhe einzuhalten, sowie den sanitären Vorschriften in Bezug der Arbeits-, Wohn- und Schlafräume der Bäckereiarbeiter nachzukommen.
3. Folgende Minimallohntafel zu gewähren:
  - a) In Brotbäckereien: für Backstubearbeiter 11 Mk. für Ofenarbeiter 13 Mk. wöchentlich mit Kost und Logis; ohne Kost und Logis 22 Mk. und 24,50; für geschäftlich zuzählige Überstunden an Wochentagen 40 Pfg., an Sonn- und Feiertagen 50 Pfg. pro Stunde.
  - b) In Weißbäckereien: für unterste Gesellen 8 Mk., Knetler 10 Mk., Weichteller 12 Mk., Werkmeister 14 Mk. wöchentlich mit Kost und Logis; ohne Kost und Logis wöchentlich 18,50 Mk., 20,50 Mk., 22,05 Mk., 24,50 Mk. Für geschäftlich zuzählige Überstunden pro Stunde an Wochentagen 40 Pfg., an Sonn- und Feiertagen 50 Pfg.
  - c) Zur Feinbäckerei: Für Auskühlsträße pro Tag 4 Mk., für zulässige Überstunden für ständige und Auskühlsträße pro Stunde 50 Pfg. nebst kräftiger und ausreichender Kost und in Logis. Die tägliche Arbeitszeit darf für jeden Bäcker mit den gesetzlich zulässigen Überstunden bis höchstens 16 Stunden betragen.
4. In Bäckereibetrieben, wo jetzt schon höhere als vorstehende Lohnsätze bezahlt werden, dürfen dieselben nicht gekürzt werden.
5. Zur Kontrollierung betreffend Ramehaltung vorstehender Bedingungen ist den Vertretern der Organisation der Bäcker zu den Betriebsräumen gestattet.

Diesen Forderungen ist folgendes Begleitschreiben beigefügt:

„Einer gerechten Verwaltung erlaubt sich die Organisation der Bäckereiarbeiter von Dresden und Umgebung nachstehende Eingabe bezw. Gesuch ergebenst zu unterbreiten.“

Der fortschreitende Versuch unserer reaktionären Vorgesetzten, durch Zurücksetzung und Nachregelung unserer Mitglieder unsere Gewerkschaftsorganisation nicht deren Einrichtungen zu vernichten, die geplante Verschlechterung des Minimalarbeitslohnes, das immer üppigere Emporkommen der Stellenvermittler (Hagen, Seelenbächer) sowie die schroffe Ablehnung jeder noch so geringen und gerechten Forderung unserer Organisation seitens der der Arbeiterbetriebe feindlich gegenüberstehenden Arbeitgeber, hat die Vertreter der Organisation der Bäckereiarbeiter Sachjense veranlaßt, diesbezügliche Gegenmaßnahmen zu treffen. In der am 21. Oktober l. J. in Dresden abgehaltenen Konferenz der Vertreter wurde beschlossen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln menschlich-würdigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Bäckereiarbeiter zu erkämpfen, wie solche für andere Arbeiterklassen schon längst existieren. Allen Vertretern der Mitgliebschaft ist zur Aufgabe gemacht worden, an alle Konsumvereine und deren Lieferanten diesbezügliche Forderungen zu richten und wo die Bewilligung solcher durch Verhandlungen nicht zu erreichen sind, soll die Öffentlichkeit dazu benutzt werden.

Wir halten jeden denkenden Arbeiter und Konsumenten für verpflichtet, eine Arbeiterklasse, welche mit der Herstellung des notwendigen Nahrungsmittels beschäftigt ist, in ihrem Kampfe zur Erreichung einer menschenwürdigeren Existenz thätig zu unterstützen und ersuchen deshalb die geehrte Verwaltung, unseren gerechten Forderungen mehr als bisher entgegen zu kommen, unterbreitete Forderungen zu akzeptieren und die Lieferung von Backwaren nur solchen Lieferanten zu geben, welche die Forderungen der Organisation erfüllen.

Hochachtungsvoll  
Die Organisation der Bäckereiarbeiter  
von Dresden und Umgebung.“

Wir wollen hoffen, daß die bedeutenden Konsumvereine dieser Gegend die so berechtigten und eigentlich selbstverständlichen Forderungen unterstützen, indem sie nur solchen Bäckereien die Brotlieferung übertragen, welche diese Forderungen anerkennen und durchzuführen, denn im eigenen Interesse der Mitglieder dieser Vereine als Brotkonsumenten liegt es, daß sie eine Gewähr dafür haben, daß das von ihnen konsumierte Brot nicht in sanitärwidrigen Höhlen von Arbeitsräumen bei übermenschlich langer Arbeitszeit und Schinderei der dort beschäftigten Arbeiter hergestellt wird. Diese Garantien haben sie aber nur dann, wenn sie diese Mindestforderungen unserer Gewerkschaft anerkennen und ihre Lieferanten zur Einhaltung derselben verpflichten.

Ein gleiches Vorgehen würde sich auch für unsere Mitgliebschaft in Chemnitz empfehlen, damit die berechtigten Forderungen unserer dortigen Mitglieder endlich verstanden werden.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (G. S. 42).

(Sitz: Dresden.)

Protokollauszüge der Sitzungen vom 1. und 16. Juli, 1. und 20. August, 1. und 16. September und 1. und 16. Okt. 1900. Beitrittserklärungen nach § 2: Eintritt 241, Uebertritte 150, Wiedereintritte 16 = 407. Ausschüsse nach § 4: 343. Ueberweisungen nach § 7, 3. 15: 25. Beiträgen nach § 15 Fälle und einer Gesamtsumme von 52 Mk.

Zentralstelle: Auf Grund der erfolgten Neuwahlen werden nachstehende Verwaltungen bestellt: Dresden vom 20. Juni: als Bevollmächtigter Louis Schilling, als Stellvertreter Karl Schwanzberg, als Schriftführer Karl Meißel, als Kassier Joh. Fischer und als Revisor Eduard Wolf, Franz Schneider, Konrad Klingler, Karl Heßler und Karl Neppmann.

Dresden vom 21. Juni: als Bevollmächtigter Carl Meißel, als Stellvertreter Moritz Köndig, als Schriftführer Ernst Prohle, als Stellvertreter August Zeißler, als Revisor Friedrich Richter, Max Paul, Max Schwanemann, Arthur Straube, Valentin Wirth.

Dresden vom 17. Juni: als Bevollmächtigter Albert Wagner, als Stellvertreter Joh. Gräbinger, als Schriftführer Peter Sell, als Stellvertreter Joh. Rauper und als Revisor Friedr. Dieb, Ludwig Reich, Ernst Bates.

Leipzig vom 24. Juni: als Bevollmächtigter Hermann Hartung, als Stellvertreter Herm. Hahn, als Schriftführer Ab. Teubert, als Stellvertreter Joh. Reineke und als Revisor Robert Weise, Max Seier, Karl Markgraf.

Frankfurt a. M. vom 22. Juni: als Bevollmächtigter Karl Tragefer, als Stellvertreter Bruno Neumann, als Schriftführer Georg Angermeier, als Stellvertreter Karl Reuerleber und als Revisor Konrad Höge, Josef Pfeiffer, Johann Fischer. Infolge eingetretener Behinderung des ersten Bevollmächtigten, sowie wegen Nichterfüllung der statutarischen Obliegenheiten des zweiten Bevollmächtigten machte sich ein Ergänzungswahl am 25. September notwendig, wonach folgende bestellt wurden: als Bevollmächtigter Georg Angermeier, als Stellvertreter Karl Reuerleber, als Schriftführer Johann Wertel, als Stellvertreter Josef Henale.

Kenntnisnahme von der behördlichen Revision der örtlichen Verwaltung Dresden und der Hauptkasse vom 25. bis 30. Juli 1900. Die örtliche Verwaltung ergab für Monat Juli Einnahme 676,13 Mk., Ausgabe 409,41 Mk., Barbestand 266,72 Mk. Die Hauptkasse ergab: Einnahme 413,45 Mk., Ausgabe 343,1 Mk., Barbestand 704,45 Mk. Sämtliche Belege, Kassabücher und Wertzeichen stimmten mit den vorstehenden Einnahmen und Ausgaben überein; die weiter vorhandenen Vermögensbestände, Kautionen und der Hauptbestand der Quittungsmarken wurden in Richtigkeit vorgefunden. Gegen die gefaßten Beschlüsse des Kassenvorstandes und Kassenausschusses waren nach statutarischen und gesetzlichen Bestimmungen Einwendungen nicht zu machen; bis auf eine zurüdzufordernde Ausgabe von 17,50 Mk.

Zur Agitation für die Kasse beschließt man eine Aufforderung zu Beitritt in dem Kassennamen ergeben zu lassen.

Der Kassenvorstand nimmt Kenntnis von den eingereichten Beschwerden und Gesuchen der Mitglieder (4876) Thomas Pfeiffer in Mömbries, örtl. Verwalt. Frankfurt a. M., (3882) Ernst Eggert in Fahrentrau, örtl. Verwalt. Altona, (4023) Karl Müller und (3547) Julius Schneider gegen die örtl. Verwalt. Frankfurt, (3245) Carl Langmagen, Berlin. Selbstige werden dem Kassenausschuß zur Beschlußfassung überwiesen.

Dresden: In dem die horige Verwaltung trotz wiederholter Aufforderung des Kassenvorstandes ihren Obliegenheiten nicht nachgekommen, die statutenmäßige Neuwahl nicht vorgenommen hat, wird diese Verwaltungsstelle aufgelöst und deren Mitglieder der Hauptkasse zugewiesen. Der Bevollmächtigte wird aufgefordert, sämtliches Kassennaterial nebst Geld und Wertzeichen umgehend einzusenden.

Dresden: Kenntnisnahme von der Erhöhung des ortszubilligen Tagelöhnes von 2,50 Mk. auf 2,80 Mk., welcher mit dem 1. Januar 1901 in Kraft tritt.

Wiesbaden: Auf Antrag der horigen Kollegen werden denselben Statuten Beitrittserklärungen und die nötigen Formalitäten zwecks Beitritts zur Zentralkasse unterbreitet.

Berlin: Der Vorstand nimmt Kenntnis, daß der stellvertretende Bevollmächtigte Schwanzberg als Beitrags-sammler der örtlichen Verwaltungsstelle nicht mehr fungiert, sondern, daß das Mitglied Gutschow mit diesen Posten betraut worden ist. Schwanzberg wird seines Amtes als stellvertretender Bevollmächtigter entbunden und eine Ergänzungswahl angeordnet.

Altona: In der Unterstützungsangelegenheit des Gustav Dreier (5076) wird dessen Unterstützung nur verlagswweise gewährt und nach Beendigung der Anwartschaft auf gesetzliche Unterstützung gegen die Gesellschaft der elektrischen Hochbahn-Altonaer Zentralbahn geltend gemacht.

Kenntnisnahme der Wohnungsveränderung der Bevollmächtigten Leipzigs: Gustav Hartung, L.-Gohlis, Thorothstraße 27, pt. und Lubecks: Johannes Hoff, Schützenstraße 38, 2. Etg. Karl Dutschmann, Schriftführer.

Danke göttliche Komödie. Die schon von früheren Jahren her bekannte Schüler'sche deutsche Dankesgabe, welche nach dem Urtheil des berühmten Dantekritikers Dr. Scartazzini sich besser empfiehlt, als die Deklamation des schwerverständlichen Gebühles, ist uns von der Firma A. u. B. Schuler in München in einem elegant gebundenen mit 125 Vollbildern und 70 Zeichnungen versehenen Bande zugegangen mit der Bemerkung, daß dies Buch von obiger Firma als Gratisprämie auf fünf Nürnberger Gebalbus-Loose gegen Einsendung von 10,80 Mk. verabreicht wird.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker u. Berufsgen. Deutschlands

Zentrale Verwaltung Berlin.

### Mitgliederversammlung

### Großjähriger

am Donnerstag, 29. November, Nachmittags 4 Uhr, bei Rühlmann, Brunnenstraße 188.

Tagesordnung: 1. Ergänzungswahl des stellvertretenden Bevollmächtigten. 2. Kassangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Die örtliche Verwaltung.

### Passend für Bäckerei.

Sind in bester Geschäftslage Altonas (Hofenstr.) schöne, helle und geräumige Lokalitäten, welche für Bäckereibetrieb hergerichtet werden, preiswerth zu vermieten. Näheres bei O. W. Jordan, Hamburg, Hammerbrookstraße 47, Keller.

### Cafe Wittelsbach.

München. Herzog Wilhelmstraße. München.  
Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag:  
Hauptsaumpunkt der Bäcker Münchens.

### Café Ehrlich.

Leipzig. Katharinenstr. 14. Leipzig.  
Treffpunkt der Bäcker seit 25 Jahren!

### Stuttgart.

Gasthaus zum „Goldenen Löwen“  
Am Marktplatz.  
Verhehlliche Bäckergehilfen!  
Der Unterzeichnete empfiehlt seine Fremdenzimmer zu billigen Preisen, Mittagstisch, sowie kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. (L. 2.90)  
Freundlichen Besuch steht entgegen  
Christoph Häuser,  
Am neuen Rathaus, Eichstraße 5.  
NB. Bäckereizitung liegt auf.

### Ein schön möbliertes Zimmer

ist preiswerth zu vermieten, Näheres Hamburg, Humboldtstr. 12, pt. rechts.  
Den Kollegen empfehle Loose zur  
Hamburger Stadlotterie (1. Klasse)  
J. Gotthelmer, Humboldtstr. 11, K.

**Nachruf!**

Am Sonntag, den 11. November, Morgens 2 Uhr, verschied nach viertägiger, heftiger Krankheit unser lieber Freund und Verbandskollege, der Werkführer

### Anton Janssen

im Alter von 35 Jahren. Wir bringen dieses hiermit unsern Kollegen zur Kenntniß und werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren!

Mitgliedschaft Bant-Wilhelmshaven.  
J. A.: Der Vorstand.

Arbeitsnachweise des Verbandes befinden sich in

Berlin. Im Lokale S. Wolf, Klosterstr. 101.  
Dortmund. Im Lokale „Zu den 3 Kronen“, Bismarckstr. 53.  
Dresden. Im Lokale „Klosterschänke“, Siliengasse.  
Halle a. S. Vereinshaus, Martinsberg 6.  
Hamburg. Gr. Neumarkt 28, 1.  
Darmstadt. Im Lokale „Zentralherberge“, 1. Bergstr. 7.  
Leipzig. Im Lokale „Flora“, Windmühlensstr. 16.  
Lübeck. Beim Kollegen Hermann, Devenau 25.  
Ludwigshafen. Im Lokale „Krisels“, Bismarckstr. 1.  
Münster. Im Lokale „Gold-Märker“, Döschmannsplatz.

### Versammlungs-Tagester.

Breslau. Mittgl.-Berf. Dienstag, 27. Nov., Nachmittags 3 1/2 Uhr, in Heiders Brauerei, Herrstr. 19.  
Bremen. Mittgl.-Berf. Sonntag, 19. Nov., Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Kische, Zalsen 28.  
Bant-Wilhelmshaven. Mitglieder-Berf. Donnerstag, 29. Nov., bei Bro. Heß, Grenzstr. 5.  
Darmstadt. Offentl. Berf. Donnerstag, 22. Nov., im bekannten Lokal (Ref.: Koll. Degemann-Rannheim).  
Dorf l. B. Mittgl.-Berf. Sonntag, 18. Nov., Nachm. 3 1/2 Uhr, bei Kahle, Karstr. 6.  
Eisenbrunn. Off. Berf. Donnerstag, 22. Nov., Nachm. 3 Uhr im „Gasthof zum Schiff“ (Ref. Lanke-Stuttgart).  
Eisenburg. Offentl. Berf. Sonntag, 25. Nov., Nachm. 4 Uhr, in der Lambertikirche.  
Ludwigshafen a. Rh. Mittgl.-Berf. Donnerstag, 22. Nov., bei Liebler, Wredestraße.  
München. Off. Berf. Mittwoch, 21. Nov., im „Kreuzbühl“, Rosenheim. Mittgl.-Berf. Sonntag, 18. Nov., im Ref. „Frühlinggarten“.  
Niemtscheld. Mittgl.-Berf. Sonntag, 13. Nov., Nachm. 4 1/2 Uhr, bei Bertram, Blumenstraße 29.  
Solingen. Mittgl.-Berf. Sonnabend, 24. Nov., Abends 8 Uhr, bei G. Richter, Hochstraße 27.  
St. Johann-Saarbrücken. Off. Berf. Sonntag, 18. Nov., im „Kaffeehaus“, Hofenstr. 9. (Ref. Kollege Degemann).

Redaktion u. Verlag: D. Almann, Hamburg, Gr. Neumarkt 28.  
Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.



## Jacob Utschneider †

Der Herbst ist gekommen, die Blätter  
well und fallen ab.

Raum ist die Trauerkunde hinauskam, daß der Tod einen unserer tüchtigsten Kollegen uns entzissen hat, und schon wieder hat dieser fürchterliche und gewaltthätige Tod Einkehr gehalten unter uns. Jacob Utschneider, ein beliebter und guter Kollege, er lebt nicht mehr. Die Proletarierkrankheit, welche ihn in den letzten 10 Jahren so oft auf das Krankenbett geworfen, sie hat ihn dieses Mal mit fortgerissen, den edlen Kämpfer und Streiter, welcher schon 10 Jahre lang in den vorbersten Reihen mitgekämpft hat. Sein höchstes Ideal, die Bäckergesellen aus der Knechtschaft zu befreien, er durfte es nicht mehr erleben, als Vorkämpfer wird er sein Andenken haben bei allen, die ihn gekannt haben. Für uns Kämpfer aber wird es eine Lehre sein und uns anspornen, mehr als bisher für Verbesserung unserer menschenunwürdigen Lage zu kämpfen. Als einen Beweis hierfür diene, daß, als man unseren Fall zur letzten Ruhe betete, sich eine große Schaar Kollegen einfanden, um ihm die letzte Ehre zu erwirken und den Geist und Mut dieses Streikers auf sich zu übernehmen. Die Mitgliedschaft München aber wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Ruhe aus von Deinen Leiden!

## Versammlungs-Berichte.

**Berne.** Eine gut besuchte öffentliche Versammlung tagte am 28. Oktober im Lokale des Herrn Ruhe. Als Vorsitzende wurden die Kollegen Reddersen und Bollmar gewählt. Kollege Bartels hielt als Referent einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Organisation und die Verschlechterung des Maximalarbeitstages. Der Obermeister Stüwe und Bäckermeister Teute traten mit nichtsförmlichen Eingangsreden auf, wurden aber von den Kollegen Bartels, Cardinal Steyer, Bollmar und Reddersen glänzend abgelehnt. Nachdem Kollege Bartels im Schlusswort die Kollegen nochmals aufgefordert, dem Verbandsbeitritt beizutreten, traten sich drei Kollegen auf und mehrere Mitglieder der Dortmunder Bahnhalle, welche hier in nächster Umgebung arbeiten, nach Berner übersiedeln, sodaß hier in kurzer Zeit eine Mitgliedschaft gegründet werden kann. Mit einem enthusiastisch aufgenommenen Hoch auf die Bäckerbewegung schloß Kollege Reddersen die Versammlung.

**Heilbronn.** Am Donnerstag, den 25. Oktober, fand hier im Vereinslokale eine Mitgliederversammlung statt. Die Kollegen waren zahlreich zur Stelle, ein Kollege wurde aufgenommen. Es herrschte allgemeine Mißstimmung bei Bekanntgabe des Rücktritts des bisherigen Schriftführers, hauptsächlich deshalb, weil derselbe keinen gewichtigen Grund vorzubringen vermochte. Als Schriftführer wurde Kollege Fischer gewählt. Sodann entwickelte sich eine lebhaft diskussion, da ein Teil der Mitglieder für eine Weihnachtsfeier in größerem Stil, der andere aus Sparmaßregeln für eine einfache Feier war. Nach einigen Ausführungen des Vorsitzenden, welcher sich dem Antrage für eine kleine Feier anschloß, da der Verein noch zu jung und unbemittelt sei, einigten sich die Kollegen dahin, sich mit einer gewöhnlichen Feier begnügen zu wollen. Zur Arrangierung der Festlichkeit wurde ein Komitee, bestehend aus drei Mitgliedern, den Kollegen Gottl. Haußer, Fr. Philipp und Albert Binder, gewählt. Bei Punkt Verschiedenes wurden einige Mißstände in hiesigen Bäckereien vorgebracht, sowie die Haltung einiger Kollegen stark kritisiert.

**Nel.** Eine öffentliche Versammlung tagte am 2. November Abends 7 Uhr in der „kleinen Börse“ mit der Tagesordnung: 1. Was wollen wir? 2. Verschiedenes. Als Referent war Kollege O. Allmann aus Hamburg erschienen, welcher das angeführte Thema behandelte. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß ein jeder Mensch, wer er auch sei, das Bestreben habe, seine Lebenslage zu verbessern, was Redner der Versammlung durch Beispiele vor die Augen führte. Nachdem er dieses vom Staatssekretär bis zum niedrigsten Beamten, von Krant- und Schlotjunkten sowohl als auch von anderen Angehörigen der Klasse der Besessenen erläuterte oder viel mehr zahlenmäßig nachgewiesen hat, kommt er auf die Lage der Arbeiter zu sprechen. Hierbei erinnert Redner an die Worte Lassalle's der einst sagte: „Den französischen und englischen Arbeitern braucht man nur den Weg zu weisen, dann wissen sie was sie thun sollen, aber bei euch deutschen Arbeitern ist der größte Fehler eure Bedürfnislosigkeit.“ Nachdem auch diese geschildert, führt Redner den Anwesenden ihre eigene Lage vor Augen, indem er darauf hinweist, wie verbesserungsbedürftig dieselbe ist und daß Abhilfe nur durch eine starke Organisation möglich sei. Mit einem Appell an die Anwesenden, sich dem Verbandsbeitritt anzuschließen, schließt Redner seine Ausführungen, welche beifällig aufgenommen wurden. In der darauf folgenden Diskussion sprachen noch einige Kollegen im Sinne des Referenten. Mehrere Kollegen ließen sich am Schlusse der Versammlung aufnehmen.

**Altenburg.** Unsere Mitgliederversammlung vom 6. d. M. war gut besucht, ein Kollege wurde aufgenommen. Kollege Seible gibt den Bericht vom Sonntag, an welchen sich eine lebhaft Debatten schloß. Beim letzten Punkt der Tagesordnung, unter Verschiedenes entspann sich eine lebhaft Debatten, wie die Agitation am besten zu betreiben sei. Zu diesem Zweck wird beschlossen, am 25. November eine Versammlung abzuhalten, in welcher Frau Steinbach referieren wird. Von mehreren Kollegen wird der Wunsch geäußert, ein Vergütigen abzuhalten, welches dem Vorstand überwiesen wird. Von einer Besprechung der Nachbubordnung wird wegen vorgeschickter Zeit Abstand genommen und zur nächsten Versammlung vertagt.

**Magdeburg.** Am 31. Oktober tagte im „Drei-Kaiserbund“ eine öffentliche Bäckerversammlung. Dieselbe war trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung nur sehr schwach besucht. Kollege Allmann stellte uns in einer längeren, interessanten Rede klar vor Augen, was für Folgen die Verschlechterung des Maximalarbeitstages für uns habe. Er betonte, daß es besser gewesen wäre, derselbe hätte niemals für uns bestanden, als daß wir uns denselben jetzt wieder nehmen ließen; denn es hätten früher noch während der Arbeitszeit Pausen bestanden, welche jetzt durch Einhaltung des

Maximalarbeitstages verdrängt seien. Die Meister, die nun eingesehen haben, daß man ohne dieselben auch fertig wird, würden uns dieselben doch nicht wieder einräumen, sondern lieber einen Gesellen entlohn. Zum Schluß seines lehrreichen Vortrages wünscht Redner, daß auch einmal die Kollegen Magdeburgs zur Einsicht kämen und sich der Organisation anschließen, um endlich einmal mit Hilfe derselben auch hier in Magdeburg andere Zustände zu schaffen. Kollege Engel stellte den Antrag, daß eine Resolution betreffs Verschlechterung des Maximalarbeitstages an die Innung gelangt würde. Derselbe wurde angenommen. Die Resolution lautet folgendermaßen: „Die am 31. Oktober im „Drei-Kaiserbund“ tagende öffentliche Bäckerversammlung protestiert auf das Entschiedenste gegen die Verschlechterung des Maximalarbeitstages und gegen die Umwandlung desselben in eine Minimalruhezeit von täglich 8—10 Stunden. Die Versammlung ist vielmehr der Ansicht, daß das Gesetz der Meister, wonach dieselben durch den Maximalarbeitsstag geschädigt werden, nicht zutrifft, sondern wenn nur der gute Wille seitens der Arbeitgeber vorhanden ist, sehr wohl durchzuführen ist. Die Versammlung erklärt aber auch, falls die Regierung sich herbeilassen würde, den Maximalarbeitsstag zu verschlechtern oder umzuwandeln, dann mit aller Energie daran zu gehen, sich aus eigener Kraft, d. h. durch engen Zusammenschluß, nicht allein den zwölfstündigen, sondern den zehnstündigen Arbeitstag zu erringen.“ — Bei „Verschiedenes“ wünscht Kollege Engel, daß sich die Kollegen betreffs der Zustände in den Bäckereien an den Vertrauensmann Kollegen Deeren wenden mögen. Kollege Böllner regte die Vergütungsfrage an. Dem schloß sich Kollege Allmann an. Er tadelt das Verhalten der Kollegen, welche nur, um Vergütungen zu haben, sich den Brüdern anschließen. Er wies darauf hin, daß die Vergütungen sich erst besser gestalten würden, wenn sich alle Kollegen dem Verbandsbeitritt anschließen würden und durch diesen höhere Löhne erzielen. Nachdem nun noch mehrere Einzelheiten besprochen waren, wurde die Versammlung geschlossen. Anmerkung des Schriftführers: Kollegen! Es ist uns schon seit längerer Zeit aufgefallen, daß die Versammlungen nur schlecht besucht werden. Als wir im Frühjahr unsere Forderungen bei den Meistern einreichten, bemerkten wir zu unserer Freude, daß unsere Mitgliedschaft sich bedeutend vergrößerte und die Versammlungen gut besucht waren. Als wir aber einsehen, daß wir dennoch zu schwach waren, einen ersten Schritt zu thun und unsere Forderungen bis auf eine gelegeneren Zeit verschoben, ging auch unsere Mitgliedschaft wieder zurück und die Versammlungen wurden wieder schlechter besucht. Kollegen, solltet Ihr nicht selber einsehen, daß Ihr, wenn Ihr nicht fester zu Eurer Organisation haltet, und deren Interesse mit allem Ernste vertrittet, Ihr auch niemals daran denken könnt, auch einmal eure Lage in Magdeburg zu verbessern. Es ist nicht genug, dem Verbandsbeitritt anzugehören, nein, wir müssen auch darnach streben, durch denselben etwas zu erringen. Darum, Kollegen, besucht wieder regelmäßig die Versammlungen und beteiligt Euch mit an der Ausbesserung unserer Mitgliedschaft und ist dies getan, so können wir auch daran denken, weitere Schritte zu thun.)

**Neustadt a. S.** Die öffentliche Versammlung, welche am 1. November im Lokale „Der frühlichen Backstube“ stattfand, war nicht nur von unseren Kollegen, sondern auch von anderen organisierten Arbeitern gut besucht. Kollege Hegemann erklärte den Grund und Zweck der Organisation, und zwar so ausführlich, daß nicht nur ein erfahrener, sondern jeder unerfahrene Kollege genügend aufgeklärt wurde. Er sprach 1 1/2 Stunde über die Notwendigkeit der Organisation, über Kost und Logis außerhalb des Hauses des Meisters, über den geplanten 16stündigen Maximalarbeitsstag und über die Bevormundung der Kollegen seitens der Meister. Kurz, er gab sich die größte Mühe, uns in seine Ansichten einzurichten. Lebhafter Beifall wurde dem Redner zu Teil. Alsdann wurde vom Vorsitzenden eine Resolution verlesen, gegen welche niemand etwas einzuwenden hatte. Vor Schluß der Versammlung ließen sich einige Kollegen in den Verband aufnehmen, wodurch die Mitgliederzahl auf 23 stieg. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung noch auf die am Donnerstag, 8. Novbr., stattfindende Ausschlußwahl aufmerksam gemacht hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

**Münsterberg.** Am 6. November fand eine, den bisherigen Verhältnissen nach, sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt. In erster Linie gedachte der Vorsitzende des durch den Tod abberufenen Kollegen Luz in bewegten Worten, worauf sich die Kollegen zu Ehren des Entschlafenen von den Seiten erhoben. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Pause von zehn Minuten, behufs Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder gemacht. Einige Kollegen ließen sich aufnehmen. Da Kollege Herrlich in Fortsch war, mußte sein Vortrag zurückgestellt werden. Nachdem ein diesbezüglicher Antrag entsprechend begründet war, wurde Kollege Wagner als Entlassener gewählt. Kollege Spießbarth wurde, da im Januar die Gesamtverwaltung wieder gewählt werden muß, bis dahin als provisorischer Schriftführer einstimmig gewählt. Hierauf wurde den Kollegen empfohlen, den Bezug von Lehrlingen zum Bäckergewerbe von ihrer Seite durch entsprechende Aufklärung ihrer Landstände Abbruch zu thun und auch in den Arbeiterzeitungen von Seiten der Bahnhalle dementsprechende Artikel zu veröffentlichen. Inzwischen war Kollege Herrlich erschienen, welcher einen Bericht von der bereits am 24. Oktober stattgefundenen Innungsversammlung erstattete, aus welchem hervorging, daß die ganze Innung über die neue Bäckerverordnung verärgert, während von unserer Seite nur zwei ihr Gutachten darüber abgeben durften und zu demselben erst am 26. Oktober die entsprechende Beschriftung erhielten, mit dem Hinweis, dasselbe bereits innerhalb drei Tagen wieder abzuliefern, so daß auch hier wieder die Parteimänner der Behörden zu Ungunsten der Gehilfen deutlich hervortritt. Nach dem Artikel sprach sich die Innung zu sämtlichen Paragraphen entweder sehr zweideutig oder ganz und gar ablehnend aus. Die Münsterberger Gehilfen werden ob solcher Unberücksichtigung die Lehre zu ziehen wissen, daß von Seiten der Meister in dieser Beziehung nicht einmal gegen die Innungsgetreuen eine Ausnahme gemacht wird.

**Offenbach.** Eine öffentliche Versammlung tagte am 1. November im Saale zu den „Drei Königen“. Kollege Krüger-Frankfurt referierte über: „Verschlechterung des Maximalarbeitstages“. Der Referent führte: Der Kollegen in 16stündiger Rede klar vor Augen, welche Nachteile ihnen von der geplanten Minimalruhezeit zu Teil würden. Auch brandmarkte er in schärfster Weise das Vorgehen d. r. Regierung im Sinne der Bäckermeister und weist darauf hin, daß nur energische Agitation und treuer Zusammenhalt zum Ziele führt. Als noch einige Kollegen im Sinne des Referenten gesprochen, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige öffentliche Bäckerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden; die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen jede Verschlechterung der Bundesratsverordnung im Bäckergewerbe, und versprechen sämtliche Kollegen, dem Bäckerverband beizutreten, um bei geeigneter Zeit den Beihilfsentzug, sowie eine vollständige Sonntagruhe zu erkämpfen.“ Nachdem noch sieben Mitglieder dem Verbandsbeitritt beigesagt, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Bäckerverband.

**Offenbach.** Am Dienstag, den 5. fünften November fand unsere Mitgliederversammlung statt. Raab die Beiträge erhoben, ließen sich noch vier Kollegen in den Verband aufnehmen. Alsdann erstattete der Referent die Abrechnung über das Herbsttrachten, welche gutgeheißen wurde. Nachdem noch die Abhaltung eines Weihnachtsballes beschlossen war, wurden nun verschiedene Mißstände in hiesigen Bäckereien scharf kritisiert, worauf der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung schloß. **Wamburg.** In dem Bericht in Nr. 42 d. Bl. ist irrtümlich gesagt, der Bäckermeister Muddäsel, welcher die Kollegen ermunterte, sich zu organisieren, sei Mitglied des Verbandes. Es muß heißen: derselbe war früher Mitglied des Verbandes.

**Dresden.** Eine öffentliche Protestversammlung, in der über 400 Bäckergesellen anwesend waren, fand am 25. Oktober im großen Saale des „Trionn“ statt und befaßte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Die Verschlechterung des Maximal-Arbeitstages und wie sollen sich die hiesigen Kollegen dazu 2. Gewerkschaft. Zum ersten Punkte referierte Kollege Rahl-Beipzig und erörterte in ausführlicher Weise die Situation, das Bestreben der Innungen, das bischen Bäckereiarbeiter-Löhne abzuschnüren usw. Er kritisierte auch scharf die Passivität der Bäckergesellen, die es nicht beabsichtigen, ihr gesetzliches Recht auszunutzen. Es sei Pflicht eines jeden Bäckergesellen, sich mehr mit den gewerkschaftlichen Aufgaben zu befassen, für seine gewerkschaftlichen Interessen einzutreten und sich der Organisation anzuschließen, damit letztere endlich einmal zu einer Macht gelange, womit es ihr gelingt, für die Bäckereiarbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. — Bei Eintritt in die Debatte wurden etwaige Gegner des Maximal-Arbeitstages zum Wort aufgefordert, worauf sich aber Niemand meldete. Die übrigen Redner sprachen sich alle im Sinne des Referenten und der eingebrachten Resolution aus und fordern die hiesigen Kollegen zum Beitritt zum Verbandsbeitritt. So gar ein Kollege, welcher ausgiebig in Hamburg und Frankfurt a. M. den Streikbrecher gemacht hat, tritt für die Organisation ein. Auch ein Kollege vom Verein christlicher junger Männer wollte für die Organisation eintreten, erklärte aber, daß sie in diesem Verein sich mit Politik und Gewerkschaftsangelegenheiten nicht befassen dürften. Ihm wurde der Standpunkt gehörig geklärt. Nachdem noch vom Vorsitzenden das Verhalten des Vergütungsvereins gegen die Gewerkschaft gerügt wurde, weil in demselben gegen den Besuch der öffentlichen Versammlung agitiert werde, erfolgte einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die am 25. Oktober im „Trionn“ zu Dresden tagende und von 400 Bäckergesellen besuchte öffentliche Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von der beabsichtigten Abänderung des Maximalarbeitstages im Bäckergewerbe in eine Minimalruhezeit. Sie erwartet von der Staatsregierung, daß sie dieses winzige Bißchen Arbeiterschutz nicht verschleudere, sondern zum Wohle der Bäckereiarbeiter weiter ausbaue. Die geplante Verschlechterung steht im scharfen Gegensatz zu den Februarerlassen des deutschen Kaisers im Jahre 1890. Das Verhalten der Bäckermeister entspricht nicht den bestehenden Thatsachen, sondern nur dem Uebelwollen der Meister gegen die Gesellen. Sollte die geplante Verschlechterung dennoch eintreten, so werden die Bäckergesellen dazu gedrängt, mit allen gesetzlichen zu Gebote stehenden Mitteln nicht nur die Erhaltung des zwölfstündigen Maximalarbeitstages, sondern einen kürzeren Arbeitstag zu erkämpfen.“

Nachdem noch einige gewerkschaftliche Angelegenheiten erledigt worden, wurde auf die zur Verheilung gelangte Agitationsbrochüre aufmerksam gemacht und die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Bewegung der Bäckereiarbeiter geschlossen. Ueber 20 Mann traten dem Verbandsbeitritt bei.

**Witzburg.** Am Donnerstag, den 25. Oktober, tagte im „Gasthaus zum goldenen Dahn“ eine allgemeine Versammlung. Auf der Tagesordnung stand: Die geplante Aufhebung des Maximalarbeitstages. Der Referent, Kollege Meindl, der dieses Thema zum Gegenstande seines Vortrages machte, führte den Kollegen in ausführlichen Darlegungen vor Augen, daß die Gesetzgebung, daß uns das bischen Arbeiterschutz, sowie die Stelle, in dem Maximalarbeitsstage vom 1. März 1894 d. Stelle, entzissen werden kann und an Stelle desselben die g. nante neue Verordnung der Regierung treten und damit auch zugleich ein Herzogtum überführt werden solle. Anführer dieses Unsinnes. habe jeder Kollege die Pflicht, gegen diese Verschlechterungsversuche zu protestieren. Die Ausführungen des Referenten wurden mit reichem Beifall aufgenommen. In den Vortrag schloß sich eine lebhaft Debatten, an der sich die Kollegen Lebig und Hüb nicht zahlreich genug besucht war, wurde die Abhaltung der Protestversammlung auf den 8. November festgesetzt. Nachdem zehn Kollegen dem Verbandsbeitritt beigesagt, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Verbandes geschlossen.

**Landshut.** Am 11. September fand hier die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, zu welcher Kollege Bakner-München erschienen war. Derselbe geisterte in scharfen Worten das geplante Attentat auf den Maximal-



arbeitstag und hob besonders hervor, wie einseitig mancher Magistrat bei den hier zu nehmenden Entscheidungen vorgeht. Auch gestellte der Referent das Nichterscheinen und Verhalten einzelner Mitglieder und betonte, wie notwendig es gerade jetzt ist, einig zu sein, man solle alle Arbeiten und persönlichen Verpflichtungen beiseite lassen, denn nur durch derartige Sachen könne man den Ruch der Meister noch mehr, denn der Ruch unserer Innungen gegen so schon an Frechheit nichts als Frechheit ist es, daß die lange Arbeitszeit von 12 auf 16 Stunden erhöht werden soll. Würden die Kollegen Deutschlands mehr Interesse an der Organisation haben, diesfalls überall gut organisiert sein, dann würden unsere Meister nicht daran denken, ein solches Verlangen an die Regierung zu stellen, sondern sie würden froh sein, daß bis jetzt noch keine Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit gestellt worden sind. Das eine steht fest, daß nur die gleichgültigen Kollegen hauptsächlich an diesem Unheil schuld sind, folglich es auch Pflicht der Verbandsmitglieder ist, nicht müßig zu sein und die noch nicht organisierten müssen sich ebenfalls organisieren, damit der Kampf mit voller Schärfe geführt werden kann, denn die Meister, die den Kampf wollen, sollen ihn haben. Dem Rufe, sich zu organisieren, folgten zehn Kollegen, besonders ältere Kollegen, was sehr erfreulich war und der Vorstandschaft wieder Mut und Ausdauer gebracht hat. Wägen nun auch die älteren Mitglieder wieder ihre Pflicht thun, dann wird es auch in Landsluth bald gelingen, bessere Verhältnisse herbeizuführen. Also jeder wieder auf seinen Posten und seine Pflicht thun.

**Sölingen.** Am 3. November fand eine öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Gust. Kirchner statt, in welcher Kollege Such-Köln sich eingehend gegen die von der Regierung geplante Verschlechterung des Maximalarbeitstages aussprach. Gegen die in Aussicht stehende Erhöhung der Arbeitszeit müsse man unbedingt Protest erheben, eine zwölfstündige Arbeitszeit, wie sie jetzt besteht, sei für den schweren Beruf schon zu lange, man müsse dahin trachten, einen zehnständigen Arbeitstag zu erlangen und sich zu diesem Zwecke organisieren und zusammenschließen. Nach dem Vortrag, an welchem sich eine Diskussion angeschlossen, in der auf die unzureichende polizeiliche Kontrolle der Backstuben hingewiesen wurde, nahm Kollege Such nochmals das Wort und wies darauf hin, daß in größeren Städten, namentlich in Frankfurt, durch einiges Zusammenhalten der Kollegen bedeutend bessere Zustände erreicht worden sind. Der Aufforderung des Redners und des Vorsitzenden, sich dem Verbande anzuschließen, wurde von einer Anzahl der Anwesenden entsprochen.

**Sölingen.** Am Samstag den 10. November, Abends 8 Uhr, fand in dem Lokale von Gustav Kirchner eine Mitgliederversammlung statt. Als der erste Punkt „Geschäftliches“ erledigt, wurde der zweite Punkt, Wahl eines Vorstandes, von der Tagesordnung abgesetzt mit der Begründung, daß es zweckmäßiger sei, es solange bei einem Vertrauensmann zu belassen, bis die Zahlstelle wieder etwas fester geworden sei. Als Vertrauensmann wurde hierauf Kollege Bouhon gewählt. Unter Punkt „Verschiedenes“ fragte Kollege Bouhon an, ob vielleicht ein Kollege da sei, der eine höhere Anstellung verlassen habe, um die Innungsmeister des Bezirks zu wählen oder lassen wollten, einen Gesellen-Ausschub zu wählen, worauf Kollege Michels erklärte, daß die Bäckermeister einen Ausschub suchen und ihm auch ein diesbezügliches Ansuchen gestellt wurde, wozu er sich jedoch ablehnend verhielt. In einem Gesellen-Ausschub sei aber zur Zeit nicht zu denken. Kollege Bouhon ermahnte die Anwesenden, auf der Hut zu sein, da die Innung sie in jeder Weise ihrer Rechte berauben will. Der Vertrag der Innung zum Zwecke der Aufhebung der Verbandsmitglieder wurde noch gebührend kritisiert.

**Bermersteden.** Am Sonntag, den 11. November, tagte im Lokale des Herrn Diffe am Markt eine öffentliche Bäckergehilfenversammlung, zu welcher Kollege Schuster aus Remscheid als Referent erschienen war. Redner verstand es in vorzüglicher Weise, den Anwesenden in einem einständigen Referat die Lage der Gehilfenschaft und den Schaden der in Aussicht stehenden Verschlechterung des Maximalarbeitstages darzulegen vor Augen zu führen, daß sich sämtliche anwesenden Kollegen dem Verband anschließen. Bei „Verschiedenes“ wurde noch beschlossen, daß sich die Mitglieder der in Remscheid bestehenden Mitgliedschaft anschließen sollten. Zum Schluss richtete der Referent noch einen geharnischten Aufruf an die Kollegen, nun auch treue Mitglieder des Verbandes zu bleiben.

**Witten.** Mitgliederversammlung am 7. November bei Echhoff, Große Freiheit. Nachdem von Reppen der Bericht von der Gaunkonferenz vorgebracht war, wurden Vizen und Peters in die Agitationskommission gewählt. Die Errichtung eines Gewerkschaftshauses wurde einstimmig abgelehnt. Von verschiedenen Rednern wurde gegen die geplante Verschlechterung des Maximalarbeitstages aufs Schärfste protestiert. Sollte die Verschlechterung eintreten, so werden wir uns den zehnstündigen Arbeitstag erkämpfen.

**Waburg.** Eine öffentliche Bäckerversammlung mit der Tagesordnung: Stellung zur Bäcker-Verordnung, fand am 28. d. M. in der Lambert-Bierhalle statt. Zum 1. Punkt der besser wie bisher besuchten Versammlung sprach Kollege Niecher-Wilhelmsburg. Lauter Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige öffentliche Versammlung der Bäckergehilfen Waburgs protestiert ganz entschieden gegen die geplante Verschlechterung der gegenwärtig geltenden Bäckerordnung. Sie hält diese für das höchste zulässige Maß, das im Interesse der Gesundheit notwendig bestehen muß. Ferner richtet die Versammlung ihre Bedauern darüber aus, daß das gegenwärtige Gesetz so langsam durchgeführt wird.

Am 2. Punkt wird die seitens der hiesigen Innung erlassene Nachüberordnung erwähnt, in der ein Paragraph enthalten war, der den Gesellen Sonnabends das Ausgehen verbot. Dann wurde noch beschlossen, einen Distriktsklub wieder ins Leben zu rufen und sich außerdem alle 14 Tage zu einer geselligen Zusammenkunft einzufinden. Als erster Tag wurde der nächste Dienstag von 6-8 und als Lokal die Bäckerherberge in der Ohlstraße bestimmt. Wenn neue Mitglieder suchen sich aufnehmen. Mit einem Hoch auf die Organisation schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Waburg.** Am 8. November tagte im Lokale Niecher eine Mitgliederversammlung. Kollege Mart-berg gab dem 2. Vorsitzenden, Kollegen Dachtel, die Leitung der Versammlung. Kollege Herrmann erstattete den Bericht von der Generalversammlung des Gewerkschafts-Klubs am 21. und 24. Oktober d. J. Im Bericht von der Vergütungskommission gab derselbe bekannt, daß unser Weihnachtserlögen erst zu Neujahr festzustellen wird, weil wir Weihnächten keinen passenden Satz erhalten können. Zum Punkt „Verschiedenes“ beantragte abermals Kollege Mart, die Gründung eines Distriktsklubs, worauf beschlossen wurde, daß diesbezüglichen Kollegen, welche sich zu dem Distriktsklub anmelde wollten, näheres am Dienstag, 13. November, im Lokal Niecher einfinden. Nach Einlaufen einiger Vorträge betrug der Beschlusses wurde die Versammlung geschlossen.

### Warnmachung des Hauptvorstandes.

In letzter Zeit wird leider wieder von den Vorständen mancher Mitgliedschaft bei der Aufstellung der Abrechnung und Abführung derselben wie des der Hauptklasse gehörigen Geldes an diese recht sammtlich neugierig. Mehrere Mitgliedschaften sind bereits wieder mehrere Monate im Rückstande, und nachdem wir das ganze Jahr nicht nötig hatten, sämtliche Baustellen öffentlich zu mahnen, hat es den Anschein, als wenn jetzt die bisherige Pünktlichkeit der Kassierer wieder großer Bummel-Platz machen sollte.

Wir sehen aus demhals veranlagt, alle Mitgliedschaften, welche bis zum Erscheinen der Nr. 47 des Fachblattes noch nicht bis einschließlich Oktober abgerechnet haben, zu mahnen, bekannt zu geben. (Vergleichen werden die Einmüßigkeiten der Hauptklasse erjudet, pünktlich ihre Beitragspflichten zu erfüllen.)

Die Rubrik auf den Abrechnungsschemularen betr. Erlös der Beiträge wegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit wird noch in mehreren Mitgliedschaften von den Kassierern nur mangelhaft oder gar nicht ausgefüllt, was sehr zu rügen ist.

Um genaue statistische Grundlagen über Arbeitslosigkeit und Krankheitsfälle der Verbandsmitglieder zu bekommen, sind diese Rubriken mit vorgemerkt, und Nicht der Kassierer ist es auch, dieselben gewissenhaft auszufüllen.

Diese Umstände veranlassen uns, zu wiederholten Malen darauf hinzuweisen, daß die vom Hauptvorstand oder von den Agitationskommissionen ausgesandten Agitatoren die Pflicht haben, in jeder Mitgliedschaft bei ihrer Anwesenheit die Kassen- und Nachführung derselben genau zu revidieren und auf Abstellung von Fehlern und Mängeln in denselben zu dringen. Der Vorstand darüber Bericht zu erstatten und die Kassierer der Mitgliedschaften sind gehalten, in jedem solche Fälle ihre Bücher und Kasse dem betr. Agitator zu unterbreiten.

Nachstehend geben wir die Adressen der Agitationskommissionen bekannt, an welche sich die Mitgliedschaften und Einzelmitglieder zu wenden haben:

1. Gau (Osten): Karl Drehschold, Berlin, Dammstr. 11, p.
2. Gau (Norden): Fr. Lowack, Lübeck, Gesehöft 9, III.
3. Gau (Nordwest): Fr. Nordmann, Bremen, Am Schwarzen Meer 16. Für Hamburg und den östlichen Teil des Gaues: Fr. Billekamp, Seidenlampweg 12.
4. Gau (Süd und Westfalen): Für Rheinland & Such, Köln a. Rh.-Ehrenfeld, Marienstr. 3, II. Für Westfalen: Fr. Barfels, Wattensteind in R. Kaiserplatz 2.
5. Gau (Württemberg): Joh. Deeren, Magdeburg-Neustadt, Moldenste. 1.
6. Gau (Sachsen und Thüringen): J. Thiele, Leipzig-Plagwitz, Bischofstr. 43, III. II. r.
7. Gau (Provinz und Großherzogtum Hessen): Heinz Wille, Frankfurt a. M., Baumrueweg 70, p. Für Baden und Rheinpfalz, Saarrevier und Elsaß-Lothringen: Fr. Hegemann, Mannheim, H. 1, III.
8. Gau (Bayern und Württemberg): A. Janter, München, Johannisplatz 13, 0. Unterkommissionen: Zeit-Verpich, Nürnberg, Gasthaus Behefisch, Ebnersgasse 5 (Nordbayern). Anton Lantes, Stuttgart, Friedrichstr. 55 (für Württemberg).

Alle Sendungen und Zuschriften an den Verbandsvorstand sind an den Vorsitzenden O. Allmann, Hamburg, Str. Neumarkt 28, zu richten. Desgleichen sind alle Gelder nur an diese Adresse zu jenden.

Von jeder erfolgten Geldsendung an den Hauptreferent ist nach § 20 des Statuts dem Hauptreferent, Oberreferent: A. Scherbarth, Hamburg, Radeballee 17, 1. per Postkarte Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand. J. A.: O. Allmann, Vors.

Der Ausschub hat seinen Sitz in München und besteht aus den Kollegen: O. Gagner, Vorsitzender; Bornaus, Schriftführer; J. Böcher, W. Meindl und Friedmann. Beschwerden gegen den Verbandsvorstand oder das Sachorgan sind nur an den Vorsitzenden zu richten.

Der Ausschub des Verbandes. O. Gagner, München, Oberanger 6, II.

### Gewerkschaftliches.

Zu den gelegentlichen Dienstleistungen, die nach der Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 auch außerhalb der zulässigen Arbeitszeit von 12 resp. 13 Stunden, wenn eine einstündige Pause in die Arbeitszeit fällt, erlaubt sind, gehören nicht die regelmäßig von Zeit zu Zeit wiederkehrenden, mit dem Berufe eng zusammenhängenden Nebenarbeiten wie Mehl-, Holz- oder Kohlenabtragen, Mehltransport u. s. w. Diese Arbeit haben wir bisher stets vertreten und werden auch in folgender Sache durch einen Entscheid des Reichsgerichtes bestätigt. Wegen Uebertretung der Bundesratsverordnung des Bundesrates war der Bäckermeister Schumann angeklagt worden, weil er einen Gehilfen mit der Herstellung von Backwaren und der Vorbereitung der Arbeitsschichten (Ausschütten von Mehl) länger als 12 Stunden, und zwar 13 1/2 Stunden lang beschäftigt hatte, ohne dies in dem Kontrollkalender in der vorgeschriebenen Weise kenntlich zu machen. Das Schöffengericht sprach ihn frei. Das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte ihn jedoch zu einer Geldstrafe von 5 Mk., indem es ausführt: Es steht fest, daß in dem Betriebe des Angeklagten am Abendabend ein Gefelle von 10-11 1/2 Uhr vorm. mit dem Ausschütten von Mehl beschäftigt worden sei, nachdem er vorher ununterbrochen 12 Stunden gearbeitet habe. Eine solche Ueberzeitarbeit, die nur an zwanzig Tagen im Jahr zu-

läufig sei, müsse aber nach der Bundesratsverordnung durch Durchschlag oder Durchstreichung des betreffenden Tages kenntlich gemacht werden, sofern es sich nicht um eine gelegentliche Dienstleistung handle. Eine gelegentliche Dienstleistung liegt aber nicht vor, denn das Mehlausschütten sei in jedem Bäckereibetriebe notwendig. Es erfolge mehr oder weniger häufig, trete aber immer wieder, gehöre also zu den Betriebsarbeiten. Auch darauf, daß der fragliche Tag der Sonnabenden vor Ostern gewesen sei, könne sich der Angeklagte nicht berufen. Die Bundesratsverordnung gestatte bezüglich der Tage vor den großen Festen — Ostern, Pfingsten, Weihnachten — Ausnahmen von ihren Vorschriften nur insofern, als an diesen Tagen die Ruhepause zwischen zwei Schichten von mindestens 8 Stunden nicht innegehalten werden brauche. Im übrigen seien aber diese Tage nicht besonders zu behandeln, auch an ihnen müsse gegebenenfalls die Durchschlagung des Kalenders vorgenommen werden. — Herr Schumann legte Revision ein und machte geltend, es sei als eine gelegentliche Dienstleistung anzusehen, wenn der Gefelle alle vier Wochen einmal Mehl ausschütete. Der Strafenrat des Kammergerichts verwarf indessen die Revision mit folgender Begründung: Der Vorderrichter habe den Begriff der gelegentlichen Dienstleistung im Sinne der Bundesratsverordnung nicht verkannt. Als gelegentliche Dienstleistungen könnten nur die außerhalb des Betriebes vorkommenden Dienstleistungen betrachtet werden. Das Mehlausschütten gehöre aber zum ordnungsmäßigen Betriebe der Bäckerei. Es erfolge öfter, wenn auch in längeren Zwischenräumen. Die Entscheidung des Landgerichts lasse auch sonst Rechtsirrtümer nicht erkennen.

In Saararabien haben sich die Bäckerinnungen von sieben verschiedenen Orten zusammengeschlossen zu einem Arbeitgeberverband, zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Organisation der Gehilfen zu belämpfen und letztere niederzudrücken in noch schlechtere Verhältnisse als die, unter denen heute schon die dortigen Kollegen schmarrenten müssen. Dieser Verband versendet jetzt folgendes Zitat an alle Bäckermeister des Saargebietes:

**Zweck des Verbandes.** § 2. Der Verband hat den Zweck, zur Wahrnehmung der Interessen des von ihm vertretenen Bäcker- und Konditorengewerbes, die Bäcker- und Konditorinnungen, die Innungsausschüsse, den Germaniaverband und die Handwerkskammer in der Befolgung ihrer gesetzlichen Aufgaben, sowie die Behörden durch Vorschläge und Anregungen zu unterstützen. § 104 Abs. 2 der R.-G.-O. usw.

**Mitgliedschaft.** § 4. Mitglied des Verbandes kann jede Bäcker- und Konditorinnung werden, welche ihren Sitz innerhalb des Verbandsbezirks hat (der Verbandsbezirk umfaßt den Regierungsbezirk Trier und das Fürstentum Birkenfeld).

§ 5. Gemischte Innungen können für die Innungen ihrer Mitglieder, welche das Bäcker- und Konditorhandwerk betreiben, als Mitglieder des Verbandes aufgenommen werden. Auf solche Innungen erstrecken sich sowohl die Rechte, als auch die Pflichten einer Verbandsinnung und deren Mitglieder nur hinsichtlich der im Absatz 1 bezeichneten Mitglieder.

§ 6. Selbständige Bäcker- und Konditoren, welche einer Innung nicht angehören, können ebenso wie Innungsmitglieder in den Verband aufgenommen werden und haben dann dieselben Rechte und Pflichten wie die Innungsmitglieder usw.

Durch die neue Handwerkersegregation ist den organisierten Handwerkern eine weitgehende Einwirkung auf die Gestaltung der Gesetzgebung eingeräumt; jedoch nur unter einem festen Zusammenschluss ist uns dieses ermöglicht. Alle Bäcker haben demnach die Pflicht, sich dem Verbands anzuschließen, welcher in Verbindung mit der Handwerkskammer zu allen Gesetzänderungen für das Bäcker- und Konditorengewerbe seine Wirksamkeit entfalten wird. In dieser Hinsicht ist es höchste Zeit, daß der Verband recht kräftig und umfangreich ist, denn es steht eine sehr schwerwiegende und weitgehende Aenderung der sogenannten Bäckereiverordnung bevor. Man darf aber nicht die zahlreichen anderen großen gemeinsamen Aufgaben vergessen, welche von uns allen gelöst werden müssen, als da sind: Desfektionierung der Konsum- und Waarenhäuser, die einem allgemeinen, vereinten und wiederholten Ansturm weichen werden; denken wir auch besonders an die sozialdemokratischen Agitationen, welche von auswärts in unsere Reihen gute Gefellenschaft in den letzten Jahren hineingetragen worden sind und die nur das laie Vorispiel zu bevorstehenden großen Lohnkämpfen bilden.

Die Nothwendigkeit des Zusammenschlusses aller Bäckermeister liegt also auf der Hand. Zeigen wir endlich an maßgebender Stelle, daß wir alle Interesse daran haben, unsere Rechte zu wahren und zu verteidigen. Haben wir dieses erreicht, dann werden die Früchte uns zeigen, was wir von der Handwerkersegregation zu erhoffen haben. Wir erfinden Sie daher, werther Kollege, sich in Ihrem eigenen Interesse dem neugegründeten Verband entweder als Einzelperson oder mit Ihrer Innung anzuschließen, damit der Verband möglichst stark werde und seiner großen Aufgabe gewachsen ist.

Für die Beitrittserklärung liegt ein Formular hier bei, welches wir auszufüllen und an den Vorsitzenden, Herrn Bäckermeister Rindgen, Neunkirchen, zu senden bitten.

Mit kollegialem Grusse  
M. Rindgen, Verbandsvorsitzender.  
L. Bahl, stellvert. Vorsitzender.  
L. Dannlat, Verbands-Schriftführer.  
E. Huber, Schabmeister.

Soweit das prahlerische, marktfeiererische Ziel ist! Daß die Herren den besten Willen haben, die Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 gründlich zu ihren Gunsten zu ändern, so daß von einem Arbeiterklub nichts übrig bleibt, das glauben wir gern. Aber daß die Konsum- und Waarenhäuser ihrem allgemeinen, vereinten und wiederholten Ansturm weichen werden, das glauben doch die Macher des Gesetzes selbst nicht, sondern benutzen dies nur als Lockpfeife und Aushängeschild! Dinsten ist es ihnen schon mit der Unterdrückung unserer Organisation und dem Streben der Gehilfen nach besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und in dieser Anebelung und Entrechtung ihrer Arbeiter würdigen, sie auch Glück haben, wenn diese sich nicht ganz energisch aufraffen und ihre Organisation unterdrücken stärken, daß sie im Stande ist, jenen prokristen Unterdrückungsgeulisten ein energisches Halt! entgegenzurufen! Diese Gelüste der Innungsklassen müssen unseren Kollegen der Ansporn sein, mit aller Energie an dem Ausbau unseres Verbandes zu arbeiten, damit er ein Schutzwall wird, an welchem die Prohigkeit zerfällt!